

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Flugticket-Abgabe: Darauf kommt es wirklich an. Seite 4



Eva Herzog, Ständerätin, Basel-Stadt, SP



Céline Vara, Ständerätin, Neuenburg, GPS



Marionna Schlatter-Schmid, Nationalrätin, Zürich, GPS



Christine Badertscher, Nationalrätin, Bern, GPS



Tamara Funciello, Nationalrätin, Bern, SP

350 Franken mehr Lohn! Dafür kämpfen die IWC-Arbeitenden. Plus: Die Abschlüsse im Holzbau, in der Textilindustrie und bei Coop. Seite 3



Die FlaM-Hasser Enthüllt: So dreckeln deutsche Gewerbler gegen den Schweizer Lohnschutz. Seite 8

Tessin: Neue Asbest-Angst Die Suva verunsichert SBB-Büezer. Seite 6

Wahlen 2019

Neue Frauen hat das Land

Die Verschiebungen sind historisch • Die harte rechte Mehrheit ist weg • 19 rot-grüne Frauen neu gewählt • Das neue Parlament ist weiblicher, grüner – und linker

• Das sagt die Unia-Chefin. Seiten 10–12



Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin, Waadt, GPS



Delphine Klopfenstein Brogini, Nationalrätin, Genf, GPS



Léonore Porchet, Nationalrätin, Waadt, GPS



Elisabeth Baume-Schneider, Ständerätin, Jura, SP



Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin, Zürich, GPS



Franziska Roth, Nationalrätin, Solothurn, SP



Franziska Ryser, Nationalrätin, St. Gallen, GPS



Meret Schneider, Nationalrätin, Zürich, GPS



Stéfanie Prezioso Batou, Nationalrätin, Genf, EAG



Greta Gysin, Nationalrätin, Tessin, GPS



Sandra Locher Benguerel, Nationalrätin, Graubünden, SP



Céline Widmer, Nationalrätin, Zürich, SP



Gabriela Suter, Nationalrätin, Aargau, SP



Manuela Weichelt-Picard, Nationalrätin, Zug, ALG

Krebs & Job

Die Diagnose Krebs stellt das ganze Leben auf den Kopf. Auch das Berufsleben. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 14–15



workedito

Marie-Josée Kuhn

NEUE FRAUEN. NEUE POLITIK.

Mit ihrem Song sang sie sich mitten ins Herz der Frauenbewegung: «Neue Männer braucht das Land!» Keine Frauendisco, keine Frauendemo, an denen Ina Deter nicht losgeschmettert hätte: «Ich sprüh's auf jede Wand: Neue Männer braucht das Land!» Das war in den 1980ern. Und nun, Jahrzehnte später, können wir jubeln: Neue Frauen hat das Land! Und wie: Allein von rot-grüner Seite ziehen 19 neue Frauen ins Bundes-

Endlich weggefegt: die harte rechte Macho-Mehrheit!

haus ein. Und es könnten noch mehr werden. Nach den zweiten Wahlgängen für den Ständerat: In Zürich, in Bern, in

Basel-Land, in Genf und in der Waadt haben Frauen gute Chancen, den Sprung ins Stöckli zu schaffen. So, wie es in Neuenburg schon die 34jährige Grüne Céline Vara geschafft hat. Auf Antrieb! Die Überfliegerin flog schnell und hoch. Und wer weiss, vielleicht macht es ihr ihre Parteichefin Regula Rytz bald schon nach – und fliegt in den Bundesrat.

RAMBAZAMBA. Und wie die neuen Nationalrätinnen strahlen! Fotos zum Küssen: Die Tessiner Gewerkschafterin Greta Gysin hebt vor lauter Juhu fast ab mit ihrem grünen Schirm. Und die Zürcherin Marionna Schlatter-Schmid muss sich regelrecht am Schämpis-Glas festhalten (Seite 11). Ein wunderbares Schauen! Und ein ganz anderes als in den letzten vier Jahren harter rechter Macho-Mehrheit im Bundeshaus. Endlich ist sie weggefegt. Und die Linke und die Gewerkschaften sind gestärkt, wie work-Autor Clemens Studer in seiner Wahlanalyse zeigt (Seite 10). Dies trotz der bitteren Nicht-Wiederwahl von Unia-Industriechef Corrado Pardini (Seite 12). Gestärkt dank der Klimabewegung. Und dank der Frauenstreikbewegung. Léonore Porchet zum Beispiel, die neue Nationalrätin aus der Waadt, war am 14. Juni Streik Koordinatorin. Wie sie kommen etliche der jungen Politikerinnen von der Strasse ins Bundeshaus. Und einmal mehr lehrt uns die Geschichte: Geduld bringt den Frauen keine Rosen. Rambazamba schon.

DIE WENDE. Neue Frauen hat das Land. Jetzt braucht es nur noch eine neue Politik. Für den ökosozialen Umbau der Schweiz, zum Beispiel. Möglichst schnell. Noch gibt es innerhalb von Rot-Grün keinen gemeinsamen Plan. Das zeigt sich bei der Debatte um die Flugticketabgabe (Seite 4). Plus: Eine neue Politik für die Gleichstellung aller Geschlechter. Endlich Lohngleichheit! Und eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Mit anderen Worten: Eine soziale, ökologische und feministische Wende braucht das Land. Ich sprüh's auf jede Wand.

Mit Thurgauer Panzern und Schaffhauser Gewehren: Chiles Präsident bodigt sein Volk mit Schweizer Hilfe



BRUTAL: Chilenische Soldaten richten Sturmgewehre SG 540, eine Schweizer Erfindung, auf Protestierende.

MASSENPROTESTE WEG MIT PINOCHETS ERBE!

Seit dem 14. Oktober kommt Chile nicht mehr zur Ruhe. Ausgelöst durch eine Erhöhung der U-Bahn-Ticketpreise, richteten sich die Massenproteste bald gegen den chilenischen Marktradikalismus an sich. Nach einer beispiellosen Privatisierungs- und Deregulierungswelle unter Diktator Augusto Pinochet sowie unter den Nachfolgerregierungen herrscht im Andenstaat extremste soziale Ungleichheit. Die Hälfte der Bevölkerung muss zu Armutslöhnen chranpfen.

VOLLGAS. Vorläufiger Höhepunkt der Protestwelle war eine 1,2-Millionen-Demonstration in der Hauptstadt Santiago. Darauf versprach Präsident Sebastián Piñera verschiedene Reformen und wechselte sein Kabinett aus. Doch die Bewegung ist nicht mehr zu stoppen. Sie fordert Piñeras Rücktritt und eine neue Verfassung. Denn die aktuelle stammt noch aus der Zeit der Militärdiktatur.

Millionen demonstrieren in Chile gegen das rechte Regime von Sebastián Piñera. Der Staatschef antwortet mit der Armee. Und die schießt, wie schon während der Pinochet-Diktatur, mit Schweizer Waffen.

JONAS KOMPOSCH

Es war eine Statistik des Grauens, die das chilenische Nationale Institut der Menschenrechte (INDH) am vergangenen Sonntag präsentierte. Seit Beginn der Massenproteste gegen die rechte Regierung von Präsident Sebastián Piñera (siehe Spalte rechts) verzeichnete das Institut: 3192 Verhaftete, 1092 Hospitalisierte, 546 Angeschossene, 126 Augenverletzungen, 17 Fälle von sexualisierter Folter, 19 Tote – davon mindestens 5 Erschossene – sowie zwei verschwundene Personen.

Diese Bilanz geht auf das Konto der chilenischen Staatsgewalt. Auf Geheiss des Milliardärs Piñera geht sie mit äusserster Brutalität auf das protestierende Volk los. «Wir sind im Krieg gegen einen mächtigen Feind», tönte der Präsident entsprechend im Fernsehen. Während die Polizei mehrheitlich mit Gummi-

knüppeln, Wasserwerfern und Tränengas hantierte, rollte die Armee auf Panzern heran. Und zwar auf solchen des Typs «Piranha» – eine Entwicklung des Kreuzlinger Rüstungsbetriebs Mowag. Verschanzt hinter diesen Fahrzeugen schossen die Soldaten in die Menge. Mit Maschinengewehren, Schrotflinten und dem Sturmgewehr SG 540. Auch dieses ist eine helvetische Entwicklung. Die Schweizerische Industriegesellschaft (SIG) aus Neuhausen am Rheinfall stellte es erstmals im Jahr 1977 her. Allerdings sind die aktuell zum Einsatz kommenden Kriegsgeräte chilenische Produkte. Und das hat mit der Diktatur des faschistischen Generals Augusto Pinochet (1973–1990) in Chile zu tun.

«Wir sind im Krieg gegen einen mächtigen Feind.»

CHILES PRÄSIDENT SEBASTIÁN PIÑERA

KOMPLIZENSCHAFT

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär mit Hilfe der USA gegen den gewählten sozialisti-

schen Präsidenten Salvador Allende. Die Schweiz sah sich in der Folge gezwungen, Kriegsmaterialexporte nach Chile zu verbieten. Der Mowag und der SIG passte dies gar nicht, denn sofort nach seiner Machtübernahme gab Diktator Pinochet bei ihnen Millionenbestellungen auf. Doch die Waffenschmiedien wussten sich zu helfen. Im Jahr 1980 erteilte die Mowag der chilenischen Armee die Lizenz, den Schweizer Panzer einfach selbst zu bauen. Wenig später zog die SIG nach und lieferte neben einer Lizenz zum Gewehrbau auch die dazu nötigen Maschinen. Der Bundesrat schützte diese Praxis unter Verweis auf die Handelsfreiheit. Für die Schweizer Unternehmen brachte die Auslagerung einen lukrativen Vorteil: Via Chile konnten sie fortan auch mit anderen rechten Diktaturen Waffengeschäfte abwickeln.

Auch Pinochet frohlockte. Sein Terrorregime stieg wegen dieser Dreiecksgeschäfte zum drittgrössten südamerikanischen Waffenexporteur auf. Als Dank deponierte der für seine Verbrechen nie verurteilte General seine Millionen auf sicheren Schweizer Bankkonten.

Japan Tobacco International ist angeblich «bester Arbeitgeber» in Genf. Aber: Jetzt schasst der Multi massig und billig

Japan Tobacco International glaubt, in Genf 268 Stellen abbauen und die Entlassenen mit einem lausigen Sozialplan abspesen zu können. Doch der Konzern hat die Rechnung ohne seine Belegschaft gemacht.

JONAS KOMPOSCH

Gut 80 wütende Mitarbeitende von Japan Tobacco International (JTI) versammelten sich am Dienstag, 22. Oktober, vor dem Firmensitz in Genf. Ihr Zorn galt dem Zigarettenmulti, der jede vierte seiner rund 1100 Genfer Bürostellen streichen und nach Polen, Russland oder in die Philippinen auslagern will. Angekündigt hatte JTI diese «Transformation», wie die Massenentlassung intern genannt wird, am 2. September. Sofort organisierten sich Hunderte der Mitarbeitenden, um mit

einem Konsultationsverfahren möglichst viele Stellen zu retten. Auf dem Fuss folgte allerdings auch eine herbe Enttäuschung. Denn der florierende Konzern, den Schweizer Wirtschaftsmagazine schon mehrfach zum «Arbeitgeber des Jahres» gekürt hatten, wollte der Belegschaft nur gerade zwei Wochen Bedenkzeit einräumen.

MICKRIGER SOZIALPLAN. Zudem hielt er bis 6 Tage vor dem Ablauf der Konsultationsfrist wichtige Dokumente zurück und verschwieg der Unia als zuständige Gewerkschaft die Namen der Entlassenen. Daher rief das Personal mit der Unia die kantonale Einigungsstelle an und erwirkte ein Schlichtungsverfahren. Doch am 8. Oktober scheiterte selbst dieses. Der Ball liegt deshalb wieder bei der Belegschaft. Sie fordert von JTI



ENTSCHLOSSEN: Protest der JTI-Mitarbeitenden in Genf. FOTO: KEY

einen Sozialplan, der diesen Namen auch verdient. Dazu Unia-Sekretär Alessandro Pelizzari: «Der Sozialplan der Geschäftsleitung unterschreitet die lokalen Stan-

dards bei weitem.» Und eine Entlassene sagte der Zeitung «Tribune de Genève»: «Seit mehr als 10 Jahren bin ich bei JTI, und jetzt sieht der Sozialplan nur 2 Monatslöhne für mich vor.»

«Ich bin bereit zu streiken.»

JTI-MITARBEITERIN

Schonung können nicht einmal Mitarbeitende erwarten, die über 50 Jahre alt sind.

Zu den gleichen Bedingungen wie alle anderen sollen auch sie auf die Strasse gestellt werden. Und nun hat Unia-Mann Pelizzari auch noch herausgefunden: Der Genfer Sozialplan ist sogar wesentlich schlechter als jener aus Deutschland, wo JTI gerade auch abbaut. Umso entschlossener war die Stimmung am Protest vor dem Hauptsitz. Eine Büromitarbeiterin sagte: «Ich bin bereit, bis zum Ziel zu kämpfen, auch mit Streik.»



MEHR LOHN, WENIGER STRESS! Daria Lucidi und Mario Dunst lieben ihren Job. Doch die Löhne bei IWC sind um Welten tiefer als anderswo, und die Stimmung der Belegschaft leidet unter dem enormen Zeitdruck.

FOTOS: MICHAEL SCHÖCH/STEPHAN BÖSCH

IWC: Uhrenarbeiterinnen und Uhrenarbeiter sind unzufrieden

«Jetzt muss etwas gehen bei den Löhnen!»

Daria Lucidi (31) und Mario Dunst (27) haben die Nase voll vom Geiz und Stress beim Luxusuhren-Label IWC. Und sie sind nicht alleine.

CHRISTIAN EGG

Am Zurich Film Festival trug die Schauspielerinnen Cate Blanchett eine IWC-Uhr. Die «Portofino Automatic 34» kostet zwischen 5300 und 19900 Franken und gehört zu den günstigsten der Schaffhauser Traditionsmarke. Andere kosten bis zu einer Viertelmillion. Aber auch für die einfachste Portofino müsste IWC-Arbeiterin Daria Lucidi mehr als anderthalb Monatslöhne hinblättern.

Gerade mal 3181 Franken brutto bekommt sie für ihr 70-Prozent-Pensum in der Qualitätsprüfung. Die Arbeit mache sie gern, sagt Lucidi: «Sie ist abwechslungsreich, und ich habe viele Freiheiten.» Aber eben, der Lohn. Sie sagt: «Unsere Löhne liegen Welten entfernt von denen in anderen Industriebetrieben.»

«GEHT DOCH IN DEUTSCHLAND EINKAUFEN» Tom Moser* zum Beispiel. Er hat eine Vollzeitstelle, einen Lehrabschluss und mehrere Jahre Erfahrung. Trotzdem zahlt ihm IWC nur knapp 4500

Franken im Monat. Er sagt: «Hier in der Ostschweiz liegt der übliche Lohn bei meiner Qualifikation etwa bei 5500 Franken, im Kanton Zürich sogar bei über 6000 Franken.» Der Uhrmacher Roger Blum* fügt hinzu: «Die Chefs sagen uns jeweils, wir könnten ja in Deutschland einkaufen gehen, dann reiche der Lohn länger.»

Und die Löhne stagnieren. Jannik Held von der Unia Zürich-Schaffhausen sagt: «Viele haben in den letzten Jahren gar keine Lohnerhöhung bekommen. Oder dann nur fünf Franken.»

Eine Gruppe von derzeit 17 aktiven Unia-Mitgliedern bei IWC will sich das nicht mehr gefallen lassen. IWC-Arbeiterin Lucidi sagt: «Es ist Zeit, dass etwas geht bei den Löhnen.» Seit gut einem Jahr trifft sich die Gruppe regelmässig, unterstützt von der Unia. Für alle eine neue Erfahrung. Denn vorher herrschte im Betrieb jahrelang tote Hose in Sachen Gewerkschaft. Lucidi sagt: «Jetzt sind wir viele, die etwas verändern wollen.»

Vor den Lohnverhandlungen machte die Gruppe im Betrieb eine Umfrage. Für den Flyer stand Lucidi mit Namen und Foto hin, zusammen mit einem Kollegen. Lucidi sagt: «Ich habe damit gerechnet, dass ich von irgendeinem Chef ins Büro zitiert werde.» Aber nichts geschah. «Dafür bekam ich viele positive Rückmeldungen von Kolleginnen

und Kollegen.» 141 machten bei der Umfrage mit – immerhin ein Fünftel der Belegschaft. Im Mittel fordern sie eine Lohnerhöhung von 350 Franken. Bisher hat IWC nicht auf diese Forderung reagiert und auch die Fragen von work ignoriert.



Forderung reagiert und auch die Fragen von work ignoriert.

EFFIZIENZ TOP, STIMMUNG FLOP

Der Lohn ist das eine, der Zeitdruck das andere. Uhrmacher Mario Dunst macht Reparaturen, er ist spezialisiert auf alte Uhren. Bis zu 80 Jahre alte Stücke bringt er wieder zum Laufen. Eine schöne Arbeit, sagt er. Aber IWC trimmte seine Abteilung nach der Methode des «lean management» auf höchste Effizienz. Zwei Wochen nach Ankunft im Betrieb muss eine Uhr zurück zur Kundschaft. Bloss: An manchen Tagen kommt gar keine Uhr rein, an anderen Tagen vielleicht hundert aufs Mal. Dunst: «Früher konnten wir diese Schwankungen über fünf Wochen hinweg ausgleichen, jetzt nur noch über zwei.» Dadurch sei der Druck enorm gestiegen. Dunst sagt: «Viele Leute sind frustriert. Ich will mich jetzt dafür einsetzen, dass die Stimmung wieder besser wird.»

Endlich Renten für Ü-58 ohne Job

BERN. Wer ab 58 Jahren die Stelle verliert und keine mehr findet, soll künftig eine Überbrückungsrente bis zur Pensionierung bekommen. Der Bundesrat hat diese Woche die Botschaft ans Parlament verabschiedet. Den Gewerkschaftsbund freut's: «Endlich ein Schritt vorwärts», schreibt er. Allerdings seien Arbeitnehmende schon ab 55 von prekäreren Arbeitsverhältnissen und steigender Arbeitslosigkeit betroffen. Er fordert deshalb das Parlament auf, die Altersschwelle auf 55 zu senken.

Maler und Gipser wollen mehr Lohn

ZÜRICH. Mit einem Riesentranspi und 1500 Unterschriften haben die Malerinnen und Gipser einen besseren GAV gefordert. In den laufenden Verhand-



BUNT: Aktion für bessere Löhne für Maler und Gipserinnen.

lungen will der Maler-Gipser-Verband die Arbeitszeiten ohne Entschädigung verlängern und die Löhne für mehrere Jahre einfrieren. Die Unia-Mitglieder machen jetzt klar: Das ist ein No-go. Sie fordern bessere Löhne und Mindestlöhne, eine höhere Mittagspauschale und eine längere Kündigungsfrist für Arbeitnehmende ab 55 Jahren.

GE: Der Bundesrat hat versagt

BIRR / BADEN AG. Jetzt ist es offiziell: General Electric (GE) baut im Aargau 410 Stellen ab. 220 Personen erhalten die Kündigung. Dies ist bereits der dritte Kahlschlag beim US-Industriekonzern in nur vier Jahren. Von den ursprünglich 5300 Stellen in der Schweiz wird nur noch die Hälfte bleiben. Mitverantwortlich ist laut Manuel Wyss von der Unia auch der Bundesrat: Bei der Übernahme von Alstom durch GE habe er es versäumt, sich klare Garantien geben zu lassen. Auch im Konsultationsverfahren, das jetzt zu Ende ist, habe der Bundesrat keine Bedingungen an GE gestellt. Dafür gebe es nur ein Wort, so Wyss: «Totalversagen».

Fussballerinnen streiken

MADRID (E). «Basta ya», sagen Spaniens Fussballerinnen. Sie treten ab Mitte November in den Streik – unbefristet. Grund sind festgefahrene Lohnverhandlungen mit den Clubs. Obwohl die Fussballgewerkschaft AFE die Forderungen schon gesenkt und zuletzt einen Mindestlohn von nur noch 16000 Euro pro Jahr gefordert hat. AFE-Gewerkschafterin María José López sagte der Agentur DPA, man habe «unendliche Geduld» gezeigt, doch man befinde sich im 21. Jahrhundert und fordere «nur das mindeste».

Lohnverhandlungen: Das sind die neuen Abschlüsse



Coop: Plus ein Prozent

Die Lohnsumme steigt bei Coop ab Januar um ein Prozent. Das haben die Sozialpartner ausgehandelt. Ein Viertel davon ist für langjährige Mitarbeitende mit tiefen Löhnen reserviert. Das ist eine Verbesserung: In den letzten Jahren gewährte Coop nur individuelle Lohnerhöhungen. Arnaud Bouverat, Coop-Verantwortlicher

bei der Unia: «Nur unter dieser Bedingung haben die Unia-Mitglieder der Fachgruppe Coop dieser Erhöhung zugestimmt.»

Coop hat zudem zugesichert, dass mindestens zwei Drittel der Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung bekommen. Die Unia werde die Verteilung überprüfen, so Bouverat. Er sagt aber klar: «In der nächsten Lohnrunde braucht es eine generelle Lohnerhöhung für alle.» (che)

Textilindustrie: Plus 100 Franken

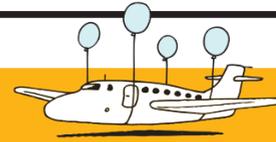
In der Textil- und Bekleidungsindustrie haben sich die Vertragspartner geeinigt: Alle Mindestlöhne steigen um hundert Franken.

Je nach Kategorie entspricht das einem Anstieg von 2,1 bis 2,9 Prozent. Für Hilfsarbeitende beträgt der Mindestlohn neu 3600 Franken. Für Facharbeitende mit Lehre liegt er bei 4100, ab drei Jahren Berufserfahrung bei 4500 Franken. (che)

Holzbau: Höhere Mindestlöhne

Im Holzbau steigen die Mindestlöhne um 1,5 Prozent. Davon profitieren etwa 70 Prozent der Mitarbeitenden direkt. Denn der GAV legt auch für die ersten zehn Berufsjahre die Mindestlöhne fest.

Für Zimmerleute beträgt der Mindestlohn nach der Lehre – einschliesslich gleichmässig ausgeschütteten Leistungslohns – 4502 Franken, nach zehn Jahren 5569 Franken. (che)



Flugticketabgabe: Linke und Gewerkschaften aufgepasst!



THOMAS KLÜHR: Swiss-CEO will die Fluggesellschaft mittels Flugticketabgabe auf Grün trimmen. FOTO: KEYSTONE

Lenkungsabgaben müssen pro Nase an alle Haushalte zurückerstattet werden. Sonst werden sie an der Urne abstürzen. Und mit ihnen die Mitte-Links-Allianz. Das trifft auch auf die Flugticketabgabe zu, auf deren Geld Swiss-CEO Thomas Klühr schon jetzt ganz scharf ist.

Die SVP hat 20 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler verloren, weil es bei den Wahlen drei wichtige Themen gab: erstens die Krankenkassenprämien, zweitens die AHV und drittens das Klima. Für die Krankenkassenprämien und die AHV ist SP-Bundesrat Alain Berset zuständig. Für das Klima SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Beide konnten zusammen mit ihrer Partei nicht punkten. Die neu Bewegten und Bewegenden wählten Grün und Grünliberal. Zusammen kommen diese zwei Parteien auf mehr Stimmen als die SP.

2015 verkündeten SVP und FDP, sie würden jetzt gemeinsam in Bern eine grosse unsoziale Wende einläuten. Der Berg voller rechter Versprechen gebar nicht einmal eine Micky-

maus. Vorab, weil die Rechten mit ihren Vorlagen an der Urne mehrmals scheiterten. Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall.

Das gleiche Schicksal könnte – unter umgekehrten Vorzeichen – im Bereich des Klimaschutzes nun einer Mitte-Links-Allianz drohen. Weil Abstimmungen einer anderen Logik folgen als Wahlen.

SWISS MACHT DRUCK. Ein erster Test wird die Flugticketabgabe sein. Im Alleingang können wir diese leider nicht massiv erhöhen. Weil die Schweizerinnen und Schweizer mit und ohne roten Pass sonst auf Mailand-Malpensa oder Basel-Mülhausen ausweichen würden.

Der Ständerat sieht pro Jahr Ticketabgabe-Einnahmen von 1 Milliarde Franken vor. Die Hälfte davon soll in einen Klimafonds fließen. Und jetzt schon macht CEO Thomas Klühr (im «Sonntagsblick») Druck auf das politische System Schweiz:

● Neu soll kein Flug weniger als 100 Franken kosten. Damit die Lufthansa sich die unliebsame Konkurrenz der Billigflieger vom Hals halten kann.

● Klühr geht davon aus, dass sich synthetisches Kerosin schrittweise durchsetzen wird. Hört man gerne. Das geht am besten, wenn der CO₂-Ausstoss pro Tonne Kerosin bis 2030 schrittweise auf 210 Franken erhöht wird. Das rechnet work in seinem grossen Klima-Umbauplan vor. Klühr will dies schrittweise mittels Quoten erreichen. Nicht der beste Weg.

● Klühr will den Umstieg der Lufthansa von fossilem Kerosin auf synthetisches Kerosin mittels der Flugticketabgabe mitfinanzieren.

NICHTFLIEGENDE. Linke und Gewerkschaften müssen jetzt aufpassen. Lenkungsabgaben müssen pro Nase an alle Haushalte zurückerstattet und nicht für anderweitige Finanzierungen verwendet werden. Sonst finden sie keine Mehrheiten. Denn die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer gehört – entgegen den landläufigen Annahmen – zu den Nichtfliegenden. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer fliegt weniger als 9000 Kilometer pro Jahr. Sie und nicht die Lufthansa müssen von einer Flugticketabgabe profitieren. Sonst hat diese an der Urne leider keine Chance.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/kluehrs-gier
Es lohnt sich, dieses Interview mit dem Swiss-Chef Thomas Klühr aufmerksam durchzulesen.

● rebrand.ly/haertest-fuer-klimaallianz
Für die NZZ ist die Vorlage des Ständerates eine «Spielkassette» für den Bundesrat.

● www.workzeitung.ch/co2-neutrale-schweiz
In 19 Schautafeln zeigt der grosse work-Klima-Umbauplan, wie die Schweiz bis 2030 CO₂-neutral werden kann.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»:
www.workzeitung.ch

INSERAT

System Change statt Climate Change! Schreiben wir seit 18 Jahren. Und geben keine Ruhe!

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

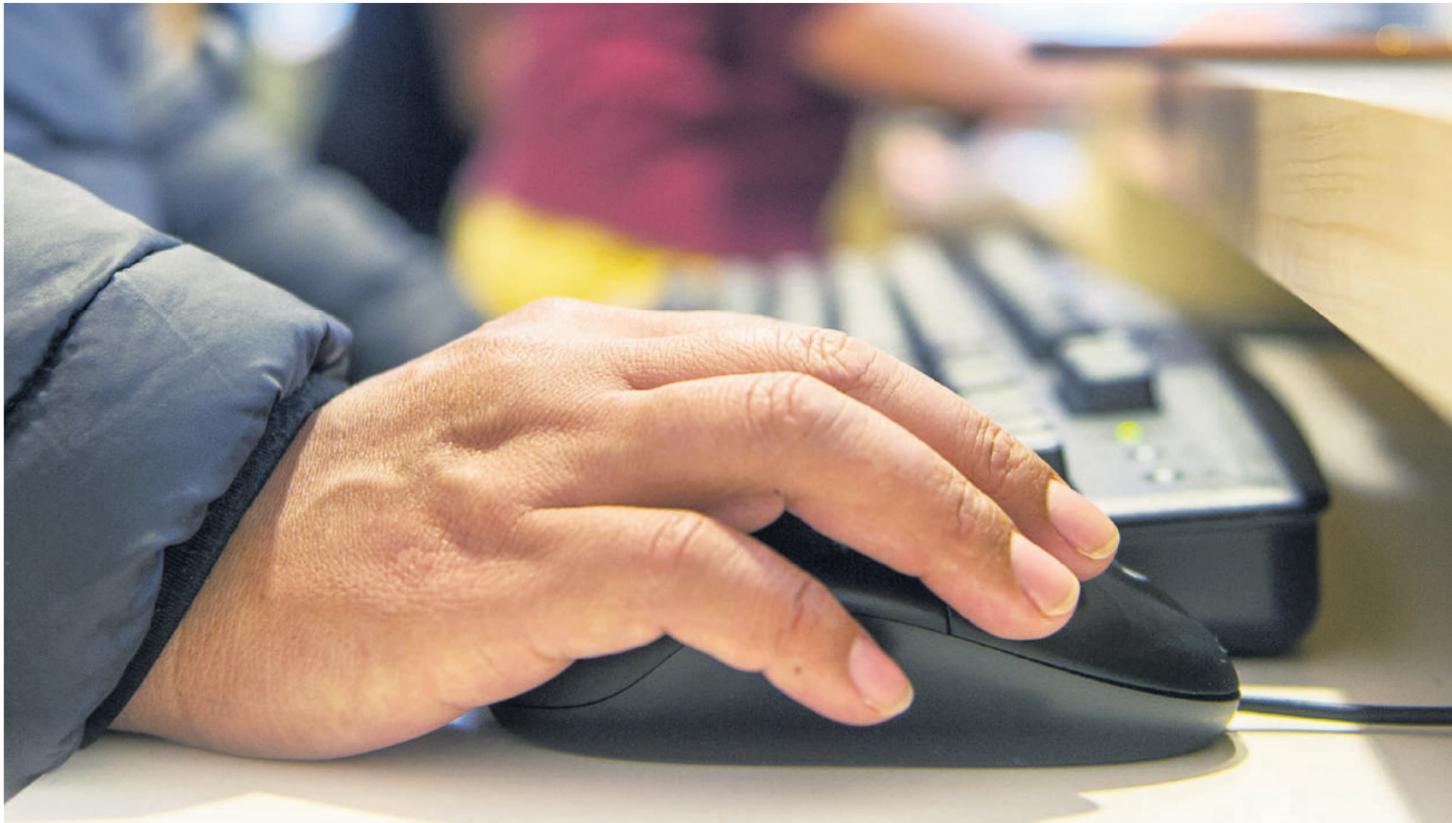
work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.



+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Jubiläum: 10 Jahre Zürcher Internetcafé für Armutsbetroffene

«Das Kafi Klick öffnete mir die Augen»



AUF EINEN KLICK INS KAFI: Für Arbeitslose und Sozialhilfeabhängige fällt jede Menge Schreibarbeit an. Im Kafi Klick in Zürich bekommen sie Hilfe, wenn sie komplizierte Auflagen nicht verstehen, Anträge falsch stellen oder von Ämterschikanen betroffen sind. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Ob mit Behördendeutsch, Ämterkrach oder Papierkram: seit zehn Jahren hilft das Kafi Klick in Zürich Armutsbetroffenen weiter. Zum Beispiel Lastwagenchauffeur Heiri Billeter, der auf Arbeitssuche ist.

JONAS KOMPOSCH

Es ist ein reges Treiben, das für gewöhnlich an der Gutstrasse in Zürich Wiedikon herrscht. An diesem Oktober-Donnerstag aber schiff't wie aus Kübeln, deshalb scheint das Arbeiterquartier völlig ausgestorben. Doch kurz vor 14 Uhr bildet sich vor dem Wohnblock 162 eine grosse Menschentraube. Es sind Besucherinnen und Besucher des Kafi Klick, das jeden Moment seine Pforten öffnet. Trotz dem Hundewetter sind sie schon früher gekommen. Denn sie wissen: Die acht Computer-Arbeitsplätze des «Treffpunkts für Armutsbetroffene» sind heissbegehrt und rasch besetzt. Im Innern des Kafis geht es schon hoch zu und her. Damit auch ja alles parat ist, wenn das Lokal aufgeht. Dann nämlich, sagt Kafi-Klick-Leiter Stephan Hochuli (34), «geht es hier ziemlich zur Sache».

Bis zu 100 Personen besuchen das kostenlose Internetcafé an normalen Tagen – Tendenz steigend. Deshalb eilt der Sozialarbeiter noch zwischen Backoffice und Computerzimmer hin und her, rückt Stühle zurecht und schaltet die Kaffeemaschine an. Währenddessen büschelt Co-Leiter Fabio Weiler (34) die haus eigene Gratis-Kleiderbörse. Nebenbei überfliegt er ein amtliches Schreiben, das er heute für einen spanischsprachigen Stammgast übersetzen wird. Auch in der Küche laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren: Ein Zivildienstleistender rührt in einem riesigen Suppentopf und verpasst dem Gemüsesud die letzte Würze. Dann endlich schlägt es zwei Uhr, und Leiter Hochuli begrüsst die Gäste in der warmen Stube.

WERTVOLLE TIPPS

Schnell sind alle Computer besetzt. Wer keinen Platz mehr findet, kommt in einer Stunde an die Reihe. Heiri Billeter aber gehört heute zu den ersten. Der 59-jährige Lastwagenchauffeur ist seit über einem Jahr auf Arbeitssuche und haut jetzt so richtig in die Tasten. Schliesslich verlangt das RAV jede Woche drei saubere Bewerbungen von ihm. Um die

zu schreiben, komme er sehr häufig ins Klick, sagt Billeter. Denn: «Hier kriege ich wertvolle Tipps. Und einen eigenen Computer samt Drucker kann ich mir mit meinen Taggeldern eh nicht mehr leisten.» Während der Lastwagenfahrer seine Bewerbung tippt, nimmt neben ihm Berhan Ahmed Platz. Der 29-jährige ist vor vier Jahren aus Eritrea geflüchtet und arbeitet heute Teilzeit als Koch. Als Kriegsdienstverweigerer erhielt er von der Schweiz aber kein Asyl, sondern bloss eine sogenannte Anwesenheitsberechtigung. Diese muss er beim Staatssekretariat für Migration (SEM) jährlich neu beantragen. Keine einfache Sache. Doch im Kafi Klick werde einem geholfen, haben ihm Freunde gesagt.

Über Mund-zu-Mund-Propaganda ist vor drei Jahren auch die Reinigungsarbeiterin Unica Paniagua (50) auf das Kafi Klick aufmerksam geworden. Ihr damaliger Chef, für den sie über zwanzig Jahre geputzt hatte, stellte sie nach einem Arbeitsunfall einfach auf die Strasse. Als Migrantin aus der Dominikanischen Republik kannte sie die Schweizer Gesetze nur schlecht und wusste nicht, dass der Chef illegal handelte. Paniagua: «Erst die arbeitsrechtliche Beratung hier im Klick öffnete mir die Augen.» Seither schaue sie immer wieder mal vorbei. Mal bloss, um mit Freundinnen einen Tee zu trinken, oft aber auch, weil sie das Behördendeutsch der IV-Stelle nicht verstehe oder um die letzte Offerte eines dubiosen Versicherungsmaklers prüfen zu lassen.

PROFESSIONELLE SCHREIBSTUBE

Diese drei Fälle seien exemplarisch, sagt Klick-Leiter Hochuli. Denn für alle Arbeitslosen und Sozialhilfeabhängigen falle jede Menge Schreibarbeit an. Problematisch werde es, wenn die Betroffenen komplizierte Auflagen nicht verstünden, Anträge falsch stellten oder von Ämterschikanen betroffen seien: «Dann fallen die Leute schnell zwischen Stuhl und Bank, und die Armutsspirale dreht weiter.» Das Kafi Klick gleiche daher oft einer professionellen Schreibstube. Das haben offenbar auch einige bequeme RAV-Mitarbeitende bemerkt: Mehrere Klick-Besucher berichteten, mit ihren Fragen vom RAV abgewiesen und direkt ans Klick verwiesen worden zu sein. Für Hochuli ein Beweis dafür, dass sein Kafi eminent wichtige Funktionen erfüllt. Allerdings wendet der Sozialarbeiter ein: «Es kann nicht sein, dass ein gemeinnütziger Verein staatliche Aufgaben übernehmen muss.» Zumal der Platz im kleinen Kafi allmählich knapp werde.

10 Jahre Kafi Klick: Gratis-Hilfe für alle

Am 17. Oktober 2009, pünktlich zum Welttag zur Überwindung der Armut, eröffnete die IG Sozialhilfe in Zürich das Kafi Klick. 1994 als Selbsthilfeorganisation von Ausgesteuerten gegründet,



GUTER RAT... ist im Beratungs-Kafi in Zürich nicht teuer. FOTO: KAFI KLICK

ist die IG Sozialhilfe heute ein unabhängiger, durch Spenden finanzierter Verein. Sein Selbstverständnis: «parteiisch auf der Seite von Armutsbetroffenen». Sein Zweck: die Verbesserung der Lebensumstände von Notleidenden. Solche gibt es auch in der sogenannten Wirtschaftsmetropole Zürich zuhauf. Rund 22000 Stadtzürcherinnen und -zürcher sind von der Sozialhilfe abhängig. Und das Hilfswerk Caritas schätzt, dass noch einmal so viele sogar unterhalb des Existenzminimums leben. Denn 30 bis 50 Prozent der bezugsberechtigten Personen beantragen keine Sozialhilfe, weil sie sich schämen. Daher dient das Kafi Klick auch als sozialer Treffpunkt gegen Ausgrenzung und Vereinsamung. www.kafiklick.ch (jok)

18500 Personen betreute das 7köpfige Klick-Team mit ein paar Freiwilligen im letzten Jahr – so viel wie noch nie. Hochuli: «Wenn es so weitergeht, platzen wir bald aus allen Nähten.» Die gesteigerte Nachfrage sei aber nicht nur Resultat ihres guten Rufs, sagt Hochuli und verweist auf die Sozialhilfestatistik. Bis 2018 ist die Zahl der Sozialhilfeabhängigen in Zürich jahrelang gestiegen. Gleichzeitig wurden die Leistungen drastisch zusammengekratzt. Als das Kafi Klick vor zwei Wochen sein zehnjähriges Bestehen feierte, warnte Leiter Hochuli deshalb davor, diese Entwicklung zu ignorieren. Stattdessen sei Solidarität gefragt. Denn: «Jeder Angriff auf die Sozialhilfe ist letztlich auch ein Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aller.»

Die Briefträgerin & das AMP

Früher hat die Briefträgerin bei der Volkszählung die Auskunft verweigert. Heute sammelt sie Daten. AMP heisst «Adressmanagement Post». Die Post erfasst jeden an einem Briefkasten in der Schweiz angeschriebenen Namen. Manchmal auch solche, die nicht angeschrieben sind. Bei c/o-Adressen. Die Post weiss, wer mit wem wohnt. Die Post weiss, wer mit



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

wem nicht mehr wohnt. Die Post weiss, wo jemand früher wohnte, wo jetzt und wo in Zukunft, Nachsendeauftrag vorausgesetzt. Ist die Post auch über die Krankenkassenabrechnungen aller Leute, deren Zahlungsverkehr nicht elektronisch läuft, im Bild? Drückt und versendet sie doch als «Geschäftskundenlösung» die Rechnungen im Auftrag von Firmen, die dafür bezahlen.

ROTE BÜCHLEIN. Die systematische Erfassung aller Nutzniessenden der Post gibt es, seit die gigantischen Maschinen in den Briefverteilzentren möglichst viele Daten zur möglichst flächendeckenden Sortierung der Sendungen benötigen. Früher schrieben die Botinnen und Boten alle Nachsendeadressen in rote Büchlein. Auch nach Jahr und Tag noch konnte deshalb wichtige Post von Hand umadressiert

Das Personenregister der Post ist lückenloser als die offiziellen Gemeinderegister.

und nachgeschickt werden. Die roten Büchlein sind vernichtet. Nach Ablauf eines Jahres kennt heute nur noch das System die neue Adresse einer Person. Zum System haben nicht alle Zugang.

Wer aber hat Zugang? Wie steht es mit dem Datenschutz? Nicht auszuschliessen, dass das AMP lückenloser ist als die offiziellen Register der Gemeinden. Denn nicht alle Leute, die an einem Briefkasten angeschrieben sind, sind offiziell gemeldet.

Die Post beteuert, stets den Datenschutz zu beachten. Firmen beispielsweise könnten bei ihr lediglich einen Datenabgleich kaufen: Die Adressensammlung der Firma wird mit derjenigen der Post verglichen. Adressen, die laut AMP nicht mehr stimmen, werden als solche deklariert. Nicht aktualisiert! So heisst es.

ZWEI FREAKS. Die Briefträgerin war unterwegs und piff so vor sich hin. Da näherten sich zwei Freaks, eine junge, dünne Frau, ein etwas älterer Typ mit schulterlangem Haar. «Sie können uns sicher helfen», sagte der Mann jovial. Die Briefträgerin stockte, als sie den Ausweis sah: Polizei! «Wir suchen XY, Sie wissen sicher, wo er wohnt.» Die Briefträgerin stotterte überrumpelt: «Darf ich überhaupt Auskunft geben?» Die Schönwetterlaune verflog. «Wir finden es auch so heraus», raunte der Langhaarige, und die beiden gingen von dannen.

Ob sie es herausgefunden haben? Und wenn ja: wie wohl?

Die Vergangenheit holt die SBB-Büezer ein:

Wieder Asbest-angst im Tessin

Jahrzehntelang kamen die Arbeiter in den SBB-Werkstätten in Bellinzona mit Asbest in Berührung. Die tödlichen Folgen fürchten sie bis heute. Jetzt hat ausgerechnet die Suva für neue Panik gesorgt.

PATRICIA D'INCAU

Einmal keinen Mundschutz tragen reicht, und die Asbestfaser gelangt in die Atemwege. Die tödliche Wirkung zeigt sich erst Jahrzehnte später. Deshalb erkrankten in der Schweiz noch heute jedes Jahr 120 Menschen an Asbestkrebs. Obwohl das einst in der Bauwirtschaft und Industrie hochgelobte «Wundermittel» hierzulande seit 1990 verboten ist.

Verständlich, leben all jene Büezer, die einst mit Asbest gearbeitet haben, mit der Angst, an Krebs zu erkranken. Ein sensibler Umgang mit dem Thema ist nötig. Nur: Die Suva im Tessin tat jüngst gerade das Gegenteil.

ANGST UND VERWIRRUNG

Im September liess die Suva im Schweizer Fernsehen RSI verlauten: Im Tessin habe es keine Todesfälle wegen Asbest gegeben. Darauf meldeten sich mindestens fünf Angehörige von verstorbenen Büezern. So auch Donata Meroni, deren Mann erst im vergangenen Juni wegen Asbest gestorben war. Sie machten klar: Was die Suva erzählt, stimmt nicht.

Die Versicherungsgesellschaft krebste daraufhin zurück, sprach von einer Kommunikationspanne. Doch der Schaden war bereits angerichtet. Denn: Die Arbeiter in den SBB-Werkstätten in Bellinzona – den «Officine» – hatten begonnen, Fragen zu stellen. Zum Beispiel, warum ein Arbeiter zur medizinischen Jahreskontrolle aufgeboten würde und ein anderer nicht. Oder warum einem Arbeiter gesagt werde, er



HOCHGIFTIG: Arbeiter in Schutzkleidung bei der Arbeit in einem SBB-Zug.

müsse nicht mehr jährlich zur Untersuchung kommen, sondern nur noch alle fünf Jahre. Obwohl diese Männer Seite an Seite gearbeitet hätten, als das Asbest noch in Zugwaggons und Lokomotiven verbaut wurde.

BÜEZER WOLLEN KLARHEIT

Claudio Carrer berichtet für die italienischsprachige Unia-Zeitung «Area» seit Jahren über Asbest und erklärt: «Die SBB müssen der Suva alle Arbeiter melden, bei denen ein erhöhtes Risiko besteht.» Wer warum genau auf der Liste für die Jahresuntersuchung lande, bleibe wegen Datenschutz aber undurchsichtig. Carrer weiss: «Das macht den Arbeitern Angst. Sie fordern deshalb Klarheit.» Die Suva hat das mittlerweile eingesehen. Am 15. Oktober stellte sie sich an einem Infoanlass den Fragen der Büezer. Und: Die Gespräche sollen weitergeführt werden.

Ganz vom Tisch ist die Diskussion damit aber nicht. Mehrere Arbeiter hatten nämlich gemeldet, dass sie früher ohne Schutzkleidung gearbeitet hätten. Obwohl die SBB verpflichtet waren, die Büezer vor dem Asbest zu schützen. Und die Suva als Kontrollbehörde musste wiederum die SBB überwachen. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb inzwischen eine Voruntersuchung eingeleitet.

Zu einer Anklage kommen wird es aber vermutlich nicht. Einerseits wegen der Verjährungsfrist. Und andererseits, weil sich die Vorwürfe nach so vielen Jahren nur noch schwer belegen lassen. Bis heute musste sich in der Schweiz noch nie ein Unternehmen wegen Asbestschäden verantworten. Für Journalist Carrer ist dennoch klar: «Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Und für die Betroffenen wird sie es nie sein.»

Krach in Arbon TG: Saurer-Rentner verklagen ihre Pensionskasse

Fette Kasse, magere Renten?



331 MILLIONEN FRANKEN: So viel Geld wäre vorhanden, doch die Renten steigen nicht. (Ein Mitarbeiter der Saurer Textil AG überprüft im Jahr 2000 eine Strickmaschine.) FOTO: KEYSTONE

Geld horten statt bessere Renten zahlen: Diesen Vorwurf erhebt eine Gruppe von Versicherten gegenüber der Pensionskasse der ehemaligen Saurer-Betriebe in Arbon TG.

RALPH HUG

Die legendären Saurer-Lastwagen sind längst Geschichte, der Konzern ging 1983 unter. Heute gibt es noch die Saurer-Stickmaschinen, mit einem chinesischen Besitzer. Und weiter existiert auch die Pensionskasse der

ehemaligen Saurer-Unternehmungen. Sie glänzt mit stolzen Zahlen: Das Vermögen beläuft sich auf über 330 Millionen Franken und das Deckungskapital auf über 210 Millionen. Alles paletti für die neunhundert Versicherten. Würde man meinen.

Falsch. Eine Rentnergruppe um Ernst Frei (86) probt den Aufstand. Sie hat die Kasse verklagt, der Fall liegt beim Bundesverwaltungsgericht. Frei und den sieben Mitstreitern ist der Geduldsfaden gerissen. Seit längerem wollen sie durchsetzen, dass die

Pensionskasse bessere Renten auszahlt. Ernst Frei sagt: «Dafür sind genügend Mittel vorhanden.» Er ist ein Vorsorgefachmann, war er doch früher selbst Geschäftsführer der Saurer-Pensionskasse.

ES GEHT UM VIEL GELD

Frei rechnet vor, dass die Kasse einst 2030 Versicherte und ein Vermögen von 224 Millionen Franken aufwies. Heute sind es nur noch 900 Versicherte, davon die Hälfte Pensionäre. Trotzdem ist das Vermögen auf über 331 Millionen Franken gestiegen anstatt gesunken. Ebenfalls gestiegen ist das Deckungskapital. Freis Mitstreiter Walter Winkler sagt: «Das kann doch nicht sein!» Beide werfen den Kasenmanagern vor, sie würden Geld horten und die Rentner diskriminieren. Und zwar durch zu tiefe Renten.

Ein Dorn im Auge ist ihnen die Verzinsung: Während die Sparguthaben der aktiven Versicherten zu 3,5 Prozent verzinst werden, wird das Deckungskapital der Renten nur zu 1,5 Prozent verzinst. Also zu wenig mehr als dem vom Bund vorgeschriebenen

Mindestzins. Oder mit anderen Worten: Die Aktiven profitieren, die Rentnerinnen und Rentner hingegen kaum. Frei hat ausgerechnet, dass die Kasse einem langjährigen Rentenbezüger mit durchschnittlicher Rente bis zu 100 000 Franken vorenthalten habe.

Pensionskasse hat Rentner bis zu 100 000 CHF vorenthalten.

SIGNALWIRKUNG

Rechtlich sind die aufmüpfigen Pensionäre bisher abgeblitzt. Die Ostschweizer Stiftungsaufsicht fand, es gebe keinen Anlass zu Beschwerden und die Rentner seien auch gar nicht klageberechtigt. Ob das stimmt, muss nun das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Das Rechtsverfahren läuft. Die PK-Manager verteidigen sich mit dem Argument, die Rentner seien zufrieden und Rentenanpassungen finanziell nicht vertretbar. Vor Gericht lassen sie sich durch eine aufs BVG spezialisierte Zürcher Anwaltskanzlei vertreten.

Die Vorsorgeszene blickt mit Spannung auf diesen Fall. Denn Stiftungsräte müssen zwar das Gleichbehandlungsgebot beachten. Doch ansonsten haben sie bei der Verwendung von Überschüssen freie Hand. Ob, wann und wie sie solche Mittel verteilen, ist eine Ermessensfrage. Das Bundesamt für Sozialversicherung rät auf jeden Fall zu einer freiwilligen periodischen Verteilung dieser Mittel.

Mitarbeitende des US-Tech-Giganten fordern mehr Transparenz

Bei Google in Zürich brodelts

Die Info-Veranstaltung mit der Gewerkschaft Syndicom in Zürich sei «abgesagt», teilte Google den Mitarbeitenden per Mail mit. Doch diese gingen trotzdem hin.

CHRISTIAN EGG

Farbige Büros, gemütliche Sitzecken, Gratisessen in der Kantine: Google stellt sich gerne als verspielter Arbeitgeber dar, bei dem die Mitarbeitenden vor allem Spass haben sollen. Aber wenn's um Gewerkschaften geht, hört der Spass auf. Das mussten kürzlich Mitarbeitende am Zürcher Hauptquartier des Tech-Giganten erfahren.

Eine Gruppe von Zooglern, so nennen sich die rund 2000 Google-Leute in Zürich, wollte sich über die Rechte von Arbeitnehmenden in der Schweiz informieren. Sie luden dazu die Gewerkschaft Syndicom ein. Die Google-Cheftage schickte daraufhin den Mitarbeitenden ein Mail: Das Treffen sei «abgesagt». Google ziehe es vor, Anlässe zu

solchen Themen selbst zu organisieren. Doch die Gruppe liess sich nicht beirren. Im Gegenteil: Laut dem US-Newsportal «Vox» wurden durch die versuchte Absage noch mehr Zooglerinnen und Zoogler auf das Treffen aufmerksam. Etwa 40 gingen hin und trafen die Syndicom-Leute in den Google-Räumlichkeiten. Ohne dass das Management intervenierte.

PROTESTE. Laut Syndicom ging es etwa um die Bildung einer Personalvertretung. Eine solche haben die Zoogler derzeit nicht, obwohl in der Schweiz in Betrie-

Gewerkschaften sind im System Google nicht vorgesehen.

ben ab 50 Mitarbeitenden ein Recht darauf besteht. Zudem wollen die Zooglerinnen mehr Transparenz darüber, welchen Zweck ihre Arbeit verfolgt und wofür sie verwendet wird. Das sei bei Google oft geheim, so Syndicom.



FERTIG LUSTIG: Google-Mitarbeitende in Zürich wollen sich gewerkschaftlich organisieren. FOTO: KEYSTONE

Die Zürcher Gruppe folgt damit dem Beispiel von Google-Mitarbeitenden in den USA, die den Konzern mehr und mehr zur Rechenschaft ziehen.

Letztes Jahr unterzeichneten über 3000 von ihnen einen Protest gegen ein Projekt, das die US-Kampfdrohnen verbessern sollte. Zwei Monate später liess Google das Projekt auslaufen. Vor genau einem Jahr leg-

ten sogar 20000 Google-Mitarbeitende ihre Arbeit nieder. Sie protestierten gegen Sexismus am Arbeitsplatz.

Gewerkschaften sind im System Google nicht vorgesehen. Mitarbeitende eines Google-Subunternehmens wehrten sich aber vor einem Monat erfolgreich: In Pittsburgh gründeten sie die erste Google-Gewerkschaft weltweit.



TYPISCH VELOKURIER: Jung, männlich, gut ausgebildet – und miserabel bezahlt. FOTO: ISTOCK

Soziologe Heiner Heiland hat die Essenskurier-Szene erforscht

«In Köln und Hamburg gibt's jetzt Kurier-Betriebsräte»

Sie sind immer alleine unterwegs und doch gut vernetzt: Essenskurierinnen und -kuriere. Der Soziologe Heiner Heiland hat ihre Jobs in mehreren deutschen Städten untersucht.

CHRISTIAN EGG

work: Heiner Heiland, viele Essenskurierinnen und -kuriere haben eine Matur oder gar studiert. Wie erklären Sie sich das?
Heiner Heiland*: Viele arbeiten nicht Vollzeit. Die Kurierfahrten sind nur ein finanzielles Standbein – wenn auch ein prekäres. Sie sind eigentlich Musikerinnen oder Tänzer, verdienen dort aber noch weniger. Oder sie sind Studierende.

Ist das durchgehend so?

Nein, die soziale Zusammensetzung der sogenannten Rider unterscheidet sich von Stadt zu Stadt. In Berlin sind es viele aus Italien oder Spanien, und die sind meistens gut ausgebildet. Sie sind im Zuge der Eurokrise nach Deutschland gekommen, konnten aber nicht gut Deutsch. Und das ist ein Job, den sie machen können.

Es scheint sich aber zu wandeln. Mehr und mehr Leute kommen etwa aus Bangladesch oder Pakistan, also

den klassischen Einwanderungsländern für Niedriglohn-Jobs. In Frankfurt hatten diese Fahrerinnen und Fahrer dann auch ihre eigenen Chatgruppen, um sich auszutauschen.

Hat Sie das überrascht?

Ja, sehr. Auch die Gewerkschaften gingen lange davon aus, dass die Branche schwer zu organisieren sei, weil die Mitarbeitenden ja immer alleine unterwegs seien. Tatsächlich hatten aber 61 Prozent der Befragten häufig oder sehr häufig Kontakt zu Arbeitskolleginnen und -kollegen, und zwar auch ausserhalb der Arbeitszeiten. Die Essensplattform Deliveroo hatte dies ursprünglich selbst ermöglicht: Es gab ein Chat-Programm für alle Rider, deutschlandweit. Doch plötzlich schaltete Deli-



«Plattformkurier sind per GPS überwacht.»

HEINER HEILAND

veroo den Chat ab. Der Grund: Eine Kuriergruppe in Köln wollte einen Betriebsrat gründen. Also wichen die Rider auf andere Foren und WhatsApp-Gruppen aus, auf die die Firma keinen Zugriff hat.

Wie hoch ist denn die Bereitschaft der Kuriere, sich für bessere Arbeitsbedingungen zu wehren?

Zwar sind viele mit den tiefen Löhnen und den befristeten Verträgen

unzufrieden. Sie sind der Meinung, «dass man da was machen müsste». Aber anstatt sich ernsthaft zu engagieren, geben viele den Job auf und suchen sich etwas anderes. Wer in einem Betrieb aber etwas verändern will, muss als Gruppe agieren. In Köln hat das gut funktioniert, auch in Hamburg gibt es mittlerweile einen Foodora-Betriebsrat.

Und der kann etwas erreichen?

Ja, unbedingt. Foodora wollte auch in Köln ein System einführen, bei dem die Fahrerinnen und Fahrer mit den besten Bewertungen als erste ihre Schichten auswählen dürfen, um den Konkurrenzkampf anzuheizen. Das hat der Betriebsrat verhindert.

Sind diese Plattformkurier eigentlich Velokuriere?

Nur in dem Sinn, dass sie auch mit dem Rad durch die Stadt fahren. Aber bei den Plattformen ist die Arbeit standardisierter und weniger selbstbestimmt. Klassische Kuriere sind ja per Funk mit der Zentrale verbunden. Das gibt ihnen ein Stück Freiheit: Wenn sie einen Auftrag haben wollen, sagen sie der Zentrale: Ich bin ganz in der Nähe. Wenn sie ihn nicht wollen, sagen sie: Ich bin weit weg. Bei den Plattformen ist das nicht mehr möglich, weil die App dank GPS-Überwachung immer genau weiss, wer wo ist. Umgekehrt gibt die App den Rüdern nicht alle Informationen. Diese Ungleichheit ist gewollt.

Wie meinen Sie das?

Wenn ich als Fahrer den Auftrag be-

Schweiz: Nur die Grossen wachsen

Ähnlich wie Deliveroo und Foodora in Deutschland funktioniert in der Schweiz der Velokurier Notime. Er liefert mittlerweile in 11 Städten – unter anderem Mahlzeiten von eat.ch. Dick im Food-Geschäft ist zudem Smood. Die Firma liefert in 15 Städten per Auto. Uber Eats (per Vespa) ist in 3 Städten aktiv. David Roth von der Gewerkschaft Syndicom sagt: «Die grossen Anbieter expandieren. Der Verdrängungskampf dürfte sich noch verschärfen.» Für lokale Lieferdienste oder Restaurants mit eigenen Kurieren werde es eng.

GRUNDLOHN. In der Schweiz gibt es einige Tausend Essenskurierinnen und -kuriere. Die Fahrerinnen und Fahrer von Notime erkämpften sich mit Hilfe der Unia einen Arbeitsvertrag und einen Grundlohn von 23 Franken pro Stunde. (che)

komme, eine Mahlzeit abzuholen, erfahre ich noch nicht, wo ich hinmuss. Dabei ist das ganz entscheidend: Wenn ich an den Stadtrand muss, kostet mich die Rückfahrt viel Zeit, in der ich nichts verdiene.

Sie haben das im Rahmen eines Selbstversuchs persönlich erlebt. Wie war diese Erfahrung?

Ich fahre gerne Rad, total fuhr ich gut 500 Stunden in fünf Städten. Das war für die Studie wichtig. Erst so habe ich gemerkt, dass die Kurierszenen von Stadt zu Stadt verschieden sind.

Billig-Lieferservice
Migros muss ihre Amigos anstellen

Die Migros darf Lieferanten und Lieferantinnen des Onlineshops Amigos nicht mehr als Selbständige behandeln. Der orange Riese sagt aber nicht, ob und wann er die Amigos anstellen will.

CHRISTIAN EGG

Sie verdienen gerade einmal 7 Franken 90 für die erste Einkaufstasche, die sie liefern. Und 2 Franken für jede weitere: die «Bringerinnen und Bringer» des Migros-Onlineshops Amigos, eines Pilotprojekts des orangefarbenen Riesen in den Kantonen Bern und Zürich. Nicht Profis liefern die Einkäufe aus, sondern normale Migros-Kundinnen und -Kunden (work berichtete). Jetzt ist klar: Das geht so nicht. Die Migros muss die Lieferantinnen und Lieferanten als Angestellte behandeln und nicht etwa als Selbständige. Zu diesem Schluss kommt die Ausgleichskasse des Kantons Zürich. Dies berichtete kürzlich die «Sonntagszeitung» mit Verweis auf einen Brief der Ausgleichskasse an einen Bringer, der sich als Selbständiger anmelden wollte.

ANNE RUBIN, UNIA

Das heisst: Die Migros muss für die Bringerinnen Beiträge an die AHV und die anderen Sozialversicherungen zahlen. Und zwar in zwei Fällen: Wenn der Jahresverdienst 2300 Franken übersteigt. Und schon vorher, wenn dies ein Lieferant oder eine Lieferantin ausdrücklich wünscht. Zuständig ist die Migros-Ausgleichskasse. Diese muss sicherstellen, dass die Migros die AHV-Beiträge überweist, wenn einer der beiden Fälle eintritt. Wie

AHV GIBT'S NICHT

Das heisst: Die Migros muss für die Bringerinnen Beiträge an die AHV und die anderen Sozialversicherungen zahlen. Und zwar in zwei Fällen: Wenn der Jahresverdienst 2300 Franken übersteigt. Und schon vorher, wenn dies ein Lieferant oder eine Lieferantin ausdrücklich wünscht. Zuständig ist die Migros-Ausgleichskasse. Diese muss sicherstellen, dass die Migros die AHV-Beiträge überweist, wenn einer der beiden Fälle eintritt. Wie

Zuständig ist die Migros-Ausgleichskasse. Diese muss sicherstellen, dass die Migros die AHV-Beiträge überweist, wenn einer der beiden Fälle eintritt. Wie



FERTIG MIT BILLIG: Ausgleichskasse pfeift Migros zurück. FOTO: WORK

sie das tun will, verrät sie work nicht. Sie schreibt nur, sie kontrolliere die angeschlossenen Firmen «in der Regel alle 4 Jahre». Die rechtliche Stellung der Amigos sei zudem «bis heute nicht abschliessend geklärt».

MIGROS SPIELT AUF ZEIT

Eine Einstufung der Bringerinnen und Bringer als Angestellte heisst aber auch: Die Migros muss sie gegen Unfälle versichern. Und zwar schon ab dem ersten Franken. Auch das hat die Migros bisher nicht getan. Migros-Sprecher Patrick Stöpper schreibt, man sei derzeit an einer «Weiterentwicklung» von Amigos. Das sei «ein komplexer Prozess, welcher Zeit in Anspruch nimmt».

Nur: Diese Weiterentwicklung hatte die Migros schon im vergangenen März angekündigt. Passiert ist nichts. Anne Rubin, Chefin Detailhandel bei der Unia, kritisiert: «Die Migros nützt es aus, dass die Behörden bisher nicht eingeschritten sind. Das erinnert an den Dumping-Taxidienst Uber.» In der Zwischenzeit seien die Bringer weiter mit einem Mini-Verdienst unterwegs, ohne AHV und ohne Unfallversicherung.

Gut gebildet, schlecht bezahlt: Das sagt die Studie

246 Velokurierinnen und -kuriere, sogenannte Rider, hat der Soziologe Heiner Heiland online befragt. Sie liefern für die Plattformen Deliveroo und Foodora Mahlzeiten von Restaurants aus. Das sind die Ergebnisse:
● Die Rider sind **gut ausgebildet**: Unter den Deutschen haben 53 Prozent das Abitur, 23 Prozent einen Hochschulabschluss.

● Unter den Ausländerinnen und Ausländern haben sogar **51 Prozent einen Hochschulabschluss**.
● Der typische Rider ist **jung und männlich**: 86 Prozent waren Männer, Durchschnittsalter 29.
● Der Lohn beträgt bei Foodora nur gerade **9 Euro 19** (10 Franken 10) pro Stunde. Bei Deliveroo ist der Lohn «vom Markt abhängig».

● 42 Prozent haben aus finanziellen Gründen noch einen **zweiten Job**.
● 80 Prozent arbeiten (auch) am Abend, zwischen 18 und 23 Uhr. **87 Prozent arbeiten am Wochenende**.
Die Hälfte ist auf der Suche nach einem anderen Job.

● **Den Job macht man nicht lang**: Die meisten Befragten sind seit sechs Monaten oder weniger dabei. Die Hälfte ist auf der Suche nach einem anderen Job.
● **Die App regiert**: 63 Prozent fühlen sich der digitalen Technik ausgeliefert.
● **Sichere Stellen gibt es kaum**: Bei Foodora haben nur 10 Prozent einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

60 Prozent arbeiten befristet, 30 Prozent als Selbständige.
● Bei Deliveroo sind sogar fast alle Rider **Scheinselbständige**. Festanstellungen gibt's nur ausnahmsweise.
● Knapp 60 Prozent **identifizieren sich gar nicht** oder nur wenig mit ihrem Job.
● Nur 14 Prozent sehen im Job keinen **Anlass für Streik oder Protest**. (che)

* Heiner Heiland (33) ist Soziologe an der Technischen Universität Darmstadt.

Schweizer Lohnschutz FAZ-Folter

Für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) sind die flankierenden Massnahmen (FlaM) der Schweiz «Folterinstrumente». Was treibt das sonst staubtrockene Sprachrohr der deutschen Wirtschaft bloss zu diesem Wahnsinnsvergleich? Wer wird da laut FAZ eigentlich mit Elektroschocks und heissen Nadeln gefoltert? Es sind die süddeutschen Unternehmer, die in der Schweiz mit entsandten Arbeiterinnen und Arbeitern Aufträge ausführen wollen. Dafür müssen sie eine Kautions hinter-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

legen – wie Millionen Mieterinnen und Mieter auch. In Deutschland genauso wie in der Schweiz. Die Firmen müssen den Einsatz auch 8 Tage im voraus einplanen und anmelden. Und das soll unzumutbar sein, um mit einem Trupp von durchschnittlich fünf Arbeitern 3 bis 4 Wochen in der Schweiz zu bauen? Es ist lächerlich, diese paar Regeln als «Folterinstrumente» zu bezeichnen. Und doch stehen sie im Zentrum des Angriffs deutscher Lobbyisten gegen den Schweizer Lohnschutz (siehe Artikel rechts). Im Zentrum des Streites mit der EU.

Warum solidarisiert sich die FAZ mit den Lohndrückern?

zu bezeichnen. Und doch stehen sie im Zentrum des Angriffs deutscher Lobbyisten gegen den Schweizer Lohnschutz (siehe Artikel rechts). Im Zentrum des Streites mit der EU.

DICKES DUMPING. Dabei können die Schweizer FlaM so schlimm gar nicht sein. Eine Umfrage des baden-württembergischen Handwerkertags zeigt nämlich: die Schweiz ist das Lieblingsland für deutsche Entsender. Über eine Milliarde Euro Umsatz bolzen sie hier. Die Regeln auf dem Schweizer Arbeitsmarkt sind offensichtlich nicht hinderlich. Aber ärgerlich. Jedenfalls für die, die sich nicht daran halten. Ein bisschen weh tun die Bussen schon, die deutsche Patrons immer mal wieder kassieren, weil sie die Entsenderegel missachten. Und richtig weh tut, wenn sie deshalb sogar auf die schwarze Liste kommen und ausgesperrt werden von der Schweiz. Jährlich trifft dies Hunderte deutsche Unternehmen. Um gesperrt zu werden, müssen sie aber richtig dick Dumping betreiben. Warum solidarisiert sich die FAZ mit Lohndrückern, wenn sie von «Folter» schreibt?

SCHWEIZER PREISE. Und was ist mit den Arbeitnehmenden, die all die Büz machen und zum Schluss betrogen werden? Es ist doch ganz einfach: Deutsche Unternehmer stellen ihrer Kundschaft gerne Schweizer Preise in Rechnung, vergessen dabei aber, dass sie ihren entsandten Büzzerinnen und Büzern auch Schweizer Löhne zahlen müssen. Und was tut Aussenminister Ignazio Cassis? Nein, er wehrt sich nicht gegen dieses deutsche Dumping-Geschäftsmodell. Er attackiert lieber die Schweizer Gewerkschaften und gibt den Lohnschutz zum Abschuss frei.



Licht ins Dunkel: Belästigung in der Lehre

80 Prozent der Frauen und 48 Prozent der Männer wurden schon mal sexuell belästigt. Das hat eine Umfrage der Unia-Jugend unter 800 Lernenden gezeigt. Bist du auch betroffen? Erzähle uns davon, damit wir gemeinsam die Missstände bekämpfen können.
www.unia.ch/licht-ins-dunkel

Brisante Recherchen im Auftrag der Gewerkschaften zeigen: So lobbyieren süddeutsche Gewerbler gegen den Schweizer Lohnschutz

Hinter dem Angriff der EU auf die flankierenden Massnahmen stecken gewiefte deutsche EU-Politiker aus der rechten CDU. Der Grund: Es geht um ein Milliardengeschäft.

RALPH HUG

Die flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit sind das Beste, was der Schweiz passieren konnte: Sie schützen die Arbeitnehmenden vor Lohndumping. Und zwingen ausländische Unternehmer, die in der Schweiz Aufträge erledigen, ihren entsandten Büzern Schweizer Löhne zu zahlen. Das schützt direkt auch die Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Doch dieser Lohnschutz steht unter Druck: von Seiten der EU. Sie verlangt, dass er geschleift werde, weil er «unverhältnismässig» sei. Die Schweiz betreibe damit Protektionismus, so der Vorwurf. Im sogenannten Rahmenabkommen, das die Schweiz mit der EU verhandelt, soll dieser Lohnschutz deshalb fallen. Statt sich gegen diesen Angriff zur Wehr zu setzen, gab Bundesrat Ignazio Cassis den Lohnschutz seinerseits zum Abschuss frei. Ein paar einflussreiche deutsche EU-Abgeordnete lachen sich seither gewaltig ins Fäustchen. Doch der Reihe nach.

WASSER PREDIGEN UND WEIN TRINKEN

Wir schreiben das Jahr 2015. Schon länger ist den deutschen Gewerblern der Schweizer Lohnschutz bei entsandten Arbeitnehmenden ein Dorn im Auge: 8-Tage-Meldefrist, Kautionspflicht, Kontrollen durch die paritätischen Kommissionen und Bussen bei Verstössen. Für gewisse süddeutsche Unternehmer sind diese flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nur «Hemmnisse im EU-Binnenmarkt». Sie möchten freie Bahn für mehr Profit dank Dumpinglöhnen. Also muss der Schweizer Lohnschutz weg. Der baden-württembergische Handwerkstag verabschiedet eine entsprechende Resolution. Und den Arbeitgeberern gelingt es, ihre Forderung direkt bei der EU in Brüssel zu placieren. Dank einflussreichen Strippenziehern.

Dazu gehören der Europa-Abgeordnete Andreas Schwab (siehe «Der Rottweiler»), Junkers Generalsekretär Martin Selmayr sowie der EU-Kommissar Günter Oettinger. Allesamt aus der CDU und allesamt stramme Fundamentalisten, für welche die Markt- und Wirtschaftsfreiheit vor dem Schutz der Löhne von Mitarbeitenden kommen. Die Seilschaft arbeitete hinter den Kulissen effizient. Das zeigen jetzt brisante Recherchen der Unia und des Gewerkschaftsbunds. In ihrem Bericht belegen die Autoren Andreas Rieger, Michael Stötzel und Joel Bühler minutiös, wie dieses Lobbying abgelaufen ist.

Und sie bringen entlarvende Fakten zum Entsendemarkt: Die Baden-Württemberger Gewerbler predigen Wasser und trinken selber Wein. Denn Deutschland auferlegt Schweizer Gewerblern bei grenzüberschreitenden Arbeiten mindestens so viel Bürokratie wie umgekehrt.

DAS SIND DIE TATSACHEN:

- 40 000 Arbeitnehmende aus Deutschland arbeiteten im Jahr 2018 via Entsendung in der



VON WEGEN SCHWEIZER PROTEKTIONISMUS: Deutschland auferlegt Schweizer Gewerblern bei grenzüberschreitenden Arbeiten mindestens so viel Bürokratie wie umgekehrt. FOTO: ISTOCK

Schweiz. Und zwar zu gleichen Teilen auf dem Bau, in der Industrie und in den Dienstleistungen. Der Grossteil davon sind süddeutsche Firmen, die mit solchen Aufträgen geschätzte 1 Milliarde Franken Umsatz machen. Der Schweizer Markt ist für sie höchst lukrativ. Umgekehrt gab es nur etwa 1500 entsandte Arbeitnehmende aus der Schweiz nach Deutschland. Fünfundzwanzigmal weniger! Die deutsch-schweizerische Freizügigkeit ist also eine Einbahnstrasse.

- Deutsche Patrons – und nicht nur polnische – fliegen in der Schweiz immer wieder wegen Dumpinglöhnen auf. Von den 3954 Fällen von Sanktionen im Jahr 2018 waren ein Drittel deutsche Firmen. Ein Viertel der gesperrten Firmen – die schwerste aller Strafen bei massivem Dumping – sind ebenfalls deutsche.

Die vielen Verstösse zeigen, dass der Schutz der Löhne von höchster Bedeutung ist. Und es wird auch klar, dass der Vorwurf an die Schweiz, sie betreibe mit den FlaM bloss Protektionismus, offensichtlich haltlos ist. Umso mehr, als auch Deutschland jenen Schweizer Gewerblern,

die in Deutschland arbeiten wollen, mindestens so viel Papierkram auferlegt wie umgekehrt. So müssen Schweizer Chefs alle Entsandten bei der Generalzolldirektion in Köln melden, sich in einer Handwerkskammer eintragen, einen Sozialversicherungsnachweis erbringen, eine Umsatzsteuernummer beim Finanzamt Konstanz einholen und im Bau erst noch 14,5 Prozent der Bruttolohnsumme der deutschen Urlaubskasse in Wiesbaden abliefern. Das ist eine Art Kautions, mit der die Bezahlung des Urlaubs gesichert und die rückerstattet wird. Doch das kann meist sehr lange dauern. Viele hiesige Betriebe verzichten daher ganz auf deutsche Aufträge. Die Bürokratie ist ihnen schlicht zu gross.

Und das Fazit aus all diesen neuen Erkenntnissen? Bei den Auseinandersetzungen um das Rahmenabkommen geht es in Wirklichkeit gar nicht um einen Grosskampf Schweiz gegen EU. Sondern darum, ob die süddeutschen Unternehmer das Milliardengeschäft über die Grenze hinweg mit Dumpinglöhnen betreiben können. Oder eben nicht.

Joel Bühler, Andreas Rieger, Michael Stötzel: **Der Angriff der süddeutschen Arbeitgeber auf den Schweizer Lohnschutz.** Broschüre, zu beziehen im Unia-Zentralsekretariat in Bern oder online unter rebrand.ly/unia-studie.

Der Rottweiler: CDU-Mann Andreas Schwab will den Schweizer Lohnschutz bodigen

Der deutsche CDU-Mann Andreas Schwab (46) aus Rottweil ist eine Schlüsselfigur im Lobbying gegen den Schweizer Lohnschutz. Als Europaabgeordneter ist er eng mit den süddeutschen Arbeitgeberverbänden verbandelt. Seine Politikkarriere hat er ausschliesslich in CDU-Bahnen absolviert – bis hin zum Verein der Freunde der Rottweiler Münster-sängerknaben, den er präsidiert.

In Brüssel singt Schwab seit 2004 als zuverlässiger Lobbyist das Lied der Wirtschaft. Im September wurde er zum Vorsitzenden der 20köpfigen Delegation des Euro-



päischen Parlaments gewählt. Sie ist für die Beziehungen zur Schweiz zuständig. Daher spielt

Schwab im Streit um das Rahmenabkommen eine wichtige Rolle. Seit Jahren lässt der Rottweiler Politiker am Schweizer Lohnschutz kein gutes Haar. Dieser sei «einsei-

Schwab ist eng mit den süddeutschen Patrons verbandelt.

tig», belaste die Handwerker und bewirke, dass EU-Betriebe in der Schweiz schlechter behandelt würden. Auch der Lohnschutz der Franzosen ist ihm ein Dorn im

Auge. In der Binnenmarktkommission setzte Schwab Druck auf. Es gelang ihm im vergangenen Januar, dass die Kommission die flankierenden Massnahmen der Schweiz als «unverhältnismässig einseitig» verurteilte.

WIND DREHT. Inzwischen hat der Wind jedoch gedreht. Denn der Europäische Gewerkschaftsbund setzt sich aktiv für die flankierenden Massnahmen ein, unter anderem auch der prominente deutsche Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer. (rh)



IM STREIK: Die schlechtergestellten Mitarbeitenden von GM sind überdurchschnittlich oft afro- oder lateinamerikanischer Herkunft. FOTO: GETTY

USA: Autogigant General Motors teilt und herrscht weiter Spektakulärer Streik endet unspektakulär

50 000 Mitarbeitende des Automobilkonzerns General Motors (GM) erkämpften einen neuen Gesamtarbeitsvertrag – mit alten Schwächen

LOTTA SUTER, BERLIN (USA)

Im sechswöchigen GM-Streik der United Automobile Workers (UAW) sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter jeden Alters und jeder Hautfarbe gemeinsam Streikposten gestanden. Tag für Tag hielten sie vor Dutzenden von GM-Betrieben ihre Plakate hoch. Sie scharten sich, wenn es kühl wurde, um Metallfässer, in denen ein wärmendes Feuer brannte. Vorbeifahrende Autos hupten solidarisch. Unbekannte Menschen sammelten Kleider, Essen, Windeln und Babynahrung für die Familien der Streikenden, weil sie wussten, dass diese mit 250 oder 275 Dollar Streikgeld pro Woche auskommen müssen.

BELEGSCHAFT AUSEINANDERDIVIDIERT

Wenn ein Arbeiter der GM-Fabrik in Flint Michigan optimistisch seine Faust mit dem UAW-Tattoo in den blauen Himmel reckt, ist das allerdings etwas hoch gegriffen. Der eben beendete GM-Streik ist zwar der erste grosse Arbeitskampf beim Autogiganten seit 1970. Doch das Resultat ist eher ein Patt. Das zeigte sich auch an der Urne: 23389 UAW-Mitglieder sagten Ja zum neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), 17502 waren gegen die Unterzeichnung. Wer wie stimmte, hatte nicht zuletzt mit der eigenen Stellung im GM-Konzern zu tun. Denn General Motors

hat die Belegschaft seit Jahren auseinanderdividiert. Und zwar nicht bloss nach fachlicher Qualifikation. Da sind die Alteingesessenen mit Pensionskasse und daneben die ab 2007 angestellten «Neuen» ohne betriebliche Altersvorsorge. Oder die immer zahlreichen Temporärarbeiter, die neben den Festangestellten stehen und für die gleiche Arbeit einen unterschiedlichen Lohn erhalten. Bezeichnenderweise sind die schlechtergestellten Mitarbeitenden überdurchschnittlich oft

Die Gewerkschaft kann die GM-Krankenversicherung für ihre Mitglieder retten.

afro- oder lateinamerikanischer Herkunft. Nicht zuletzt gegen solche Ungleichbehandlung haben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter solidarisch gestreikt. Doch bei der Abstimmung über den neuen Vertrag hatten dann doch nicht alle gleich viel zu gewinnen oder zu verlieren.

Die UAW konnte die kostengünstige GM-Krankenversicherung für ihre Mitglieder retten, die Aufstiegschancen für viele, jedoch nicht für alle Temporären verbessern, minimale Lohnerhöhungen für alle durchsetzen und Investitionen in einige US-Betriebe sichern. Ausserdem zahlt GM allen Festangestellten bei Unterzeichnung des neuen GAV einen einmaligen 11 000-Dollar-Bonus. Das gleicht in etwa den Lohnausfall während des Streikes aus. Besser als nichts, doch kein wirklicher Erfolg. Denn prekäre Arbeitsverhältnisse sind auch im neuen Vertrag fest eingebaut. Und was die Schliessung von US-Betrieben oder gar die Rückführung von GM-Produktionsstätten von Mexiko in die USA betrifft, da erweist sich die Dynamik der Globalisierung stärker als die Macht der Streikenden. Auch wenn sie der GM einen Produktionsverlust von nahezu drei Milliarden Dollar bescherten.

EIN STÜCK VOM KUCHEN

In den 1930er Jahren hatte der GM-Konzern gewerkschaftsnahe Angestellte bespitzelt, mit Schlägertrupps bedroht und wirtschaftlich ausgequetscht. In der Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre dann gehörten GM-Angestellte zu den bestbezahlten Industriearbeitern. Die letzte grosse Wirtschaftskrise führte 2009 dazu, dass GM Insolvenz anmeldete. Der damals frisch gewählte US-Präsident Barack Obama griff dem Autokonzern kräftig unter die Arme. Die GM-Rettungsaktion kostete die US-Steuer-

USA: Streiken macht im ganzen Land Schule

In den USA wird gestreikt wie in den besten Zeiten der US-Arbeiterbewegung: 2018 haben fast eine halbe Million Menschen die Arbeit niedergelegt. Im Jahr zuvor noch waren es bloss 25 000 Streikende gewesen. Das Rekordjahr mit zwanzig grossen Arbeitskämpfen begann mit 35 000 protestierenden Lehrerinnen und Lehrern im Bundesstaat West Virginia. Und es endete mit der zweimonatigen Arbeitsniederlegung von Tausenden von Mitarbeitenden der Marriott-Hotelkette. In den Monaten dazwischen gingen in neun Südstaaten 20 000 Mitarbeitende der Telekommunikationsfirma AT&T auf die Strasse. Und es streikten Hunderttausende von Lehrkräften vorab in finanzschwachen Regionen, die besonders stark unter Kürzungen im Erziehungsbereich leiden.

AUFSTAND. Und Streiken macht weiterhin Schule: 50 000 GM-Angestellte beendeten soeben einen wichtigen Arbeitskampf in der Automobilindustrie (siehe Text links). Noch im Ausstand sind die Lehrkräfte in Chicago, dem drittgrössten Schuldistrikt der USA mit rund 400 000 Schülerinnen und Schülern. Zweitausend Minenarbeiter des Kupfertagebau-Unternehmens Asarco kämpfen in Arizona und Texas für bessere Arbeitsbedingungen. Die Zeit für Streiks ist reif. Nicht nur die Streikenden selbst sagen: «Wir haben genug!» Die US-Bevölkerung solidarisiert sich mehrheitlich mit ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Die Gewerkschaften sind derzeit hoch angesehen. Wenigstens theoretisch. Praktisch ist nur jede zehnte erwerbstätige Person in den USA gewerkschaftlich organisiert. (ls)

erzählenden schliesslich mehr als zwölf Milliarden Dollar. Die UAW machte ebenfalls einschneidende Zugeständnisse, um GM-Arbeitsplätze zu retten. Und siehe da: In den letzten drei Jahren erwirtschaftete GM in Nordamerika bereits wieder einen Gewinn von 35 Milliarden Dollar. CEO Mary Barra bezog 2018 ein Jahresgehalt von über 20 Millionen Dollar, dreihundertmal so viel wie eine gewöhnliche GM-Mitarbeiterin. Mit gutem Recht forderten die streikenden GM-Arbeiter endlich ein Stück vom bereits wieder fetten Kuchen. Es war ein spektakulärer Streik, auch wenn er fürs erste unspektakulär zu Ende ging.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SABOTAGE DER KONZERN-MOGULE

Freitagmittag, 18. Oktober. Das Telefon läutet. Die Stimme von Malik Özden klingt verzweifelt: «Wir haben verloren», sagt er. Malik leitet das Programm für Menschenrechte beim «Centre

Die Multis haben eine Macht, wie sie nie ein Kaiser, ein König oder ein Papst gehabt hat.

Europe-Tiers Monde» in Genf. Zugleich organisiert er die Koalition der sozialen Be-

wegungen und Nichtregierungsorganisationen, die eine Uno-Konvention zur Respektierung der Menschenrechte durch die multinationalen Konzerne durchsetzen wollen.

DIE INITIATIVE DES SÜDENS. Gemäss einer Statistik der Weltbank haben 2018 die 500 grössten Multis 52,8 Prozent des in dem Jahr produzierten Reichtums kontrolliert. Diese Konzerne haben eine Macht, wie sie nie ein Kaiser, ein König oder ein Papst in der Geschichte je gehabt hat.

Im Uno-Menschenrechtsrat halten die Staaten der südlichen Hemisphäre eine Zweidrittelmehrheit. Gegen die USA, die Europäische Union und auch gegen die Schweiz setzten sie 2014 eine Resolution durch, welche die Uno beauftragte, eine internationale Konvention auszuarbeiten, mit der die Konzerne unter Strafandrohung verpflichtet werden sollen, die Menschenrechte einzuhalten. Für Klagen von Opfern soll der Gerichtsstand im Heimatland der Konzerne gelten. Seitdem bemühte sich eine Arbeitsgruppe von Uno-Mitgliedstaaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen um die Ausarbeitung dieser Konvention.

Soeben ist im Genfer Völkerbundpalast die fünfte Session dieser Arbeitsgruppe zu Ende gegangen. Mit einem verheerenden Resultat: Die Verhandlungen sind blockiert. Verantwortlich dafür ist die Präsidentschaft der Arbeitsgruppe, die jeden diplomatischen Fortschritt verhindert. Ein Blick zurück: Die Resolution wurde 2014 von Südafrika und Ecuador eingebracht. Die Präsidentschaft der Arbeitsgruppe ging an Ecuador. Dessen Regierung stand zu jener Zeit unter der Leitung des klugen, fortschrittlichen Rafael Correa. Heute aber regiert in der Hauptstadt Quito eine von den USA und dem Internationalen Währungsfonds abhängige Mannschaft unter Präsident Lenin Moreno. In Genf sabotierte er erfolgreich die Ausarbeitung der Uno-Konvention zur Verantwortung der Multis.

DIE SCHWEIZER INITIATIVE. Das Geschehen in Genf hat direkten Einfluss auf die Schweiz. Bei uns diskutieren Öffentlichkeit und Parlament über eine schweizerische Konzernverantwortungsinitiative. Die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates will keine bindenden Verpflichtungen der Multis zur Einhaltung der Menschenrechte. Es soll nur eine erwiesenermassen völlig ineffiziente, freiwillige Sorgfaltspflicht geben. Ein Hauptargument der Gegner einer schweizerischen Initiative lautet: Warum soll die Schweiz ein Gesetz erlassen, wenn doch die Uno an einer internationalen Konvention arbeitet? Seit dem 18. Oktober und der Blockade im Genfer Völkerbundpalast fällt dieses Argument weg. Die intensive Mobilisierung für die kommende Volksabstimmung über die nationale Konzernverantwortungsinitiative ist heute wichtiger denn je.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».



Biberli meint:
«Yes, we can!»

Was ist bloss mit der SP los? Hubachers Kritik

Er ist 93 und immer noch politisch bewegt: der ehemalige SP-Präsident Helmut Hubacher (1975–1990), der von sich sagt, er sei «in Kaiseraugst politisiert worden». 1975, genau vier Tage vor der Besetzung des Geländes dieses Aargauer AKW, wurde Hubacher gewählt. Aber die Energiethemen waren damals «überhaupt nicht mein Thema», erzählt er gegenüber work.

SIRUP-INDIANER. Doch dann rüttelten ihn seine Frau Gret und seine Töchter, damals 17 und 22, auf. Sie sagten: «Du



HELMUT HUBACHER: «Wir sind leider unter unserem Wert geschlagen worden.»
FOTO: PETER MOGGMANN

musst dahin, da passiert politisch ganz Wichtiges!» Und er ging hin, auch wenn er für die Besetzerinnen und Besetzer, die weit linker standen als er, «ja nur ein Sirup-Indianer» war.

UNGUTES GEFÜHL. Deshalb hatte Hubacher jetzt vor den Wahlen auch ein ungutes Gefühl. Die Klimabewegung erinnerte ihn an Kaiseraugst: Plötzlich so viel Bewegung. Und er fand, seine Partei bringe zu wenig zur Geltung, dass sie auch grünes Know-

«Die SP hat die Klimawelle unterschätzt.»

how habe. Frei nach seinem liebsten Motto «Rot ist das schönste Grün». Hubacher: «Pro Natura hat die Parteien in einem umweltpolitischen Test geprüft, und SP und Grüne schliessen gleich gut ab.» Umso mehr treffen ihn jetzt die Sitzverluste: «Wir sind leider unter unserem Wert geschlagen worden.» Da müsse man die Wahlkampfstrategie schon hinterfragen: «Offenbar hat man die Klimawelle unterschätzt.» (mj)k



«Klimawahl», «Frauenwahl» – was heisst das Ergebnis der nationalen Wahlen für die Gewerkschaften?

Das neue Parlament: Grüner, weiblicher – und linker

POSITIVE BILANZ: Aus gewerkschaftlicher Sicht wiegen die vielen grünen Sitzgewinne die SP-Verluste mehr als auf. FOTO: KEYSTONE

Die nationalen Wahlen haben für Schweizer Verhältnisse tektonische Verschiebungen gebracht. Eine Analyse aus gewerkschaftlicher Sicht.

CLEMENS STUDER

Der neue Nationalrat ist jünger, weiblicher, grüner und linker. Der Frauenanteil steigt von 32 auf 42 Prozent. Die Grünen gewinnen 17 Sitze dazu, was im wahrsten Sinne historisch ist, die SP verliert 4 Sitze. Die Grünliberalen gewinnen 9 Sitze, vor allem auf Kosten von FDP und BDP. Die CVP verliert 2 Sitze und fällt im Nationalrat hinter die Grünen zurück. Vor allem aber verlieren SVP und FDP zusammen 16 Sitze und damit ihre absolute Mehrheit im Nationalrat. Die drei Hauptkennzeichen:

1 Die Rechte ist die Verliererin

Vor vier Jahren waren Rechts und Rechtsausen die grossen Wahlsieger. SVP und FDP hatten im Nationalrat eine absolute Mehrheit. Und hängten ab dem ersten Tag der neuen Legislatur die Herren im Haus raus. Vor allem in den Kommissionen, in denen sie neu ebenfalls die Mehrheit stellen konnten. Der Linken blieb meistens nur der Versuch, das Schlimmste zu verhindern. Und das gelang ihr auch. Zum Beispiel bei der Unternehmenssteuerreform III, die schliesslich vom Volk abgelehnt wurde. Doch über alles gesehen, waren die vergangenen vier Jahre verlorene Jahre. Damit ist es jetzt zumindest umwelt- und gesellschaftspolitisch vorbei.

Interessant sind dabei einige Personalien. Bei der FDP abgewählt wurden Figuren wie Gewerbeverbanddirektor

Hans-Ulrich Bigler, der sich und seinen Verband als Seitenwagen der SVP positioniert hat. Und für einige der widerlichsten Abstimmungskampagnen der vergangenen Jahre verantwortlich war.

2 Die Mitte wird rechter

Die GLP hat 9 Sitze gewonnen. Das ist prima fürs Klima, aber schlecht für die Lohnabhängigen. Denn die «rechten Grünen», wie sie unterdessen sogar die NZZ richtigerweise nennt, sind sozialpolitisch noch marktradikaler als SVP und FDP. Die Gewinne der GLP stammen nicht von der SP, wie einige Journalisten und Politographen herbeschreiben wollten, sondern von anderen rechten Parteien.

Sozialpolitisch wichtig ist, dass die CVP nicht in dem Mass abgestürzt ist, wie es teilweise erwartet wurde. Zwar ist sie nur mehr viertgrösste Partei hinter den Grünen, hat aber im Nationalrat nur zwei Sitze verloren und bleibt im Ständerat eine Macht. Damit wird sie weiterhin das sprichwörtliche Zünglein an der Waage spielen bei Fragen etwa der Altersvorsorge. Gesellschaftspolitisch wird die neue Mitte fortschrittlicher sein, denn trotz den Verlusten der BDP werden die Mitteparteien in der Summe gesellschaftsliberaler. Etwa in Fragen der Gleichstellung von Schwulen und Lesben oder der Legalisierung von Cannabis.

3 Die Linke ist stärker

Trotz der politisch und persönlich bitteren Nichtwiederwahl von Unia-Industriechef Corrado Pardini (siehe Seite 12) sind die Chancen für eine Politik im Sinne der Lohnabhängigen

wesentlich besser als in den vergangenen vier Jahren. Denn für die reale Politik im Bundeshaus sind nicht bloss die Grössen der jeweiligen Fraktionen entscheidend, sondern auch, wie sie zusammengesetzt sind. Und da zeigt sich, dass aus gewerkschaftlicher Sicht die vielen grünen Sitzgewinne die paar SP-Verluste mehr als aufwiegen. Als Beispiel der Kanton Zürich, der am meisten Nationalrätinnen und Nationalräte nach Bern schickt: Zwei doch eher gewerkschaftsferne SP-Männer wurden ab und dafür eine fortschrittliche Frau reingewählt. Die beiden SP-Sitzverluste werden überkompensiert durch die drei Sitzgewinne der Grünen: Drei dezidiert linke Frauen, darunter VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber und Marianna Schlatter, die auch gute Chancen hat, das links-grüne Zürich im Ständerat zu vertreten.

Überhaupt der Ständerat! In der abgelaufenen verlorenen Legislatur mit der blockierenden hart-rechten Mehrheit aus SVP und FDP im Nationalrat kamen die wenigen funktionierenden Lösungen aus dem Stöckli. Das wird die kommenden vier Jahre wohl weniger der Fall sein müssen, aber wenn doch: auch der Ständerat wird tendenziell linker und weiblicher. Selbst wenn noch viele zweite Wahlgänge anstehen, sei die Prognose gewagt: dem Verlust des Sitzes der Aargauer SPlerin Pascale Bruderer stehen bereits jetzt zwei grüne Sitzgewinne gegenüber. Und weitere links-grüne Sitze scheinen in Reichweite. Unter anderem eben in Zürich (Marianna Schlatter), in Bern (Regula Rytz), in Basel-Land (Maya Graf), in Genf (Lisa Mazzone) und in der Waadt (Adèle Thorens). Selbst im mehrheitlich rechts-nationalen Aargau, in dem die SP mit einem konsequent fortschrittlichen Wahlkampf einen Nationalratssitz gewonnen

...ist wesentlich besser als in den vergangenen vier Jahren.

hat, könnte nach dem Verzicht von Cédric Wermuth (SP) auf den zweiten Wahlgang die Überraschung gelingen und mit Ruth Müri eine soziale Grüne in den Ständerat einziehen. Auch die bisherigen SP-Ständeräte (darunter Parteichef Christian Levrat FR, Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner SG, der Gewerkschafter Roberto Zanetti SO und die Sozi-Saftwurzel Hans Stöckli BE) dürften die Wiederwahl im zweiten Wahlgang schaffen.

Bundesrats-Spiele: Wassermelone statt Cassis

Zu den unterhaltsamsten Spielen nach den nationalen Wahlen und vor der ersten Session des neuen Parlaments gehören Spekulationen über Veränderungen im Bundesrat. Meist passiert nichts. Diesmal könnte es anders sein. Der Anspruch der Grünen auf einen Bundesratssitz ist gegeben. Die Frage ist nur: Wer muss ihn rusrücken? Auch dieser Fall ist eigentlich klar: die FDP. Nicht in erster Linie, weil sie Stimmenanteile und Sitze verloren hat, sondern weil nach dem Schulterschluss mit der SVP die Rechte im Bundesrat übervertreten ist. Das war sie bereits vor den Wahlen und ist es jetzt erst recht.

DER DRITTE SÜPLER. Die neugewählte Karin Keller-Sutter macht eine eigenständige solid bürgerliche Politik. Sie ist eine Bereicherung für den Bundesrat. Im Gegensatz zu ihrem Parteikollegen Ignazio Cassis. Er verdankt seine Wahl der SVP und ist eigentlich der dritte SVP-Bundesrat. Cassis wollte die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit schleifen und damit den Schweizer Lohnschutz schwächen. Ganz so, wie es die SVP auch will. (cs)

hat, könnte nach dem Verzicht von Cédric Wermuth (SP) auf den zweiten Wahlgang die Überraschung gelingen und mit Ruth Müri eine soziale Grüne in den Ständerat einziehen. Auch die bisherigen SP-Ständeräte (darunter Parteichef Christian Levrat FR, Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner SG, der Gewerkschafter Roberto Zanetti SO und die Sozi-Saftwurzel Hans Stöckli BE) dürften die Wiederwahl im zweiten Wahlgang schaffen.

Doch Parlamentssitze sind nicht alles. Die Schweiz braucht eine ökosozial-feministische Wende. Und die kann nur gelingen, wenn die soziale Frage, die feministische Frage und die ökologische Frage als gemeinsamer Kampf begriffen werden, geführt auf der Strasse, in den Betrieben und im Parlament. Von Bewegungen, Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien.



UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA: «Es braucht auch weiterhin den Druck der Strasse.»

Haltung beim institutionellen Rahmenabkommen für seine Abwahl verantwortlich zu

«Pardinis Nicht-Wiederwahl ist ein herber Verlust.»

machen. Die Absicht ist durchsichtig – die Analyse falsch, wie nur schon etwa die glänzende Wahl von SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard zeigt.»

Das gab es noch nie! 84 von 200 Nationalratssitzen sind jetzt in Frauenhand.

Die Greta-Wahl

Diese Frauen machen das Parlament jünger, grüner und weiblicher.

PATRICIA D'INCAU

Sie sind jung, links und feministisch. Sie waren zuvorderst mit dabei, als am Frauenstreik Hunderttausende für mehr Gleichstellung auf die Strasse gingen. Und jetzt, rund sechs Monate später, ziehen sie ins Bundeshaus ein: Greta Gysin (36) und Léonore Porchet (30) für die SP. Und mit ihnen: So viele Frauen wie noch nie.

84 von 200 Nationalratssitzen sind in der kommenden Legislatur in Frauenhand. Damit steigt der Frauenanteil in der grossen Kammer von 32 auf 42 Prozent. Insgesamt sind 54 Prozent aller Neugewählten Frauen. Das gab's noch nie!

Bei den Grünen und der SP stellen sie jetzt sogar die Mehrheit: Ihre Fraktionen haben neu je einen Frauenanteil von über 60 Prozent. Bei der GLP sind es 50 Prozent. Und sogar bis weit nach rechts hat das Frauenstreikjahr mehr Kandidatinnen ins Parlament befördert: Selbst bei der SVP ist der Frauenanteil von 16,9 auf 24,5 Prozent gestiegen. Das gab's noch nie!

GRÜN IST WEIBLICH

Frauenwahl oder Klimawahl? In vielen Fällen war es beides. 17 Sitze haben die Grünen zugelegt, 10 davon gehen an neue Kandidatinnen: an Maschinenbauingenieurin Franziska Ryser (28) in St. Gallen zum Beispiel und an Hobby-Fussballerin Meret Schneider (27) in Zürich.

Auch die Neuenburgerin Céline Vara (34) wollte in den Nationalrat, wurde aber auf Anhieb zur Ständerätin gewählt. Und das als totale Newcomerin im nationalen Parlament. Damit gelang Vara die Überraschung des Tages.

Neben ihr im Stöckli sitzen könnte ab Dezember die Genferin Lisa Mazzone (31). Sie muss zwar in den zweiten Wahlgang, hatte nach dem ersten aber schon die Nase vorne. Chancen haben neben Mazzone noch vier weitere grüne Frauen (siehe Artikel links). Sie würden das Stöckli nicht nur weiblicher (und grüner) machen, sondern auch jünger. So, wie es ihre Kolleginnen bereits im Nationalrat gemacht haben. Dort liegt das Durchschnittsalter aller Ratsmitglieder jetzt bei 49 Jahren. Vorher war es noch 53 Jahre – und im Ständerat sogar 6 Jahre mehr.

54 Prozent aller Neugewählten sind Frauen.

BASEL, OBWALDEN, ZUG

Besonders frauenfreundlich scheinen die Basler Wählerinnen und Wähler zu sein: In Basel-Stadt sind 3 von 5 Nationalratssitzen mit Frauen besetzt. Im Kanton Basel-Land sind es 5 von 7. Darunter Ex-Juso und SP-Frau Samira Marti (24). Sie folgte bereits letztes Jahr auf die abgetretene Susanne Leutenegger Oberholzer (71). Marti ist die jüngste Frau im Parlament – und hat die Wiederwahl problemlos geschafft.

Eine bessere Frauenquote als Basel hat nur das konservative Obwalden. Mit 100 Prozent Frauenanteil. Was allerdings daran liegt, dass der Halbkanton nur einen Nationalratssitz hat. Geschnapp hat sich zum ersten Mal in der Obwaldner Geschichte eine Frau: Monika Rüegger (51) von der SVP. Rüegger sagte zwar am Frauenstreik noch, Gleichstellung halte sie für «überholt». Am Wahltag meinte sie dann aber gegenüber SRF: Sie habe viel Unterstützung von Frauen bekommen und wolle sich in Bern auch für die Frauen einsetzen. work bleibt dran.

Erstmals mit einer Frau zieht nun auch der Kanton Zug in den Nationalrat: Mit Manuela Weichelt-Picard (52) von der Partei Alternative – die Grünen (ALG).

Vor den Wahlen orakelte der Politologe Michael Herrmann im SRF noch: Der «Frauenstreik-Effekt» sei schon wieder etwas «verpufft». Nun ja: Man(n) kann sich auch irren.

workfrage: Soll Regula Rytz Bundesrätin werden?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



CÉLINE VARA (34): Auf Anhieb schaffte die Grüne den Sprung ins Stöckli. Ihr Geheimrezept? Sie lache und rede viel, sagte sie einmal. Als Kind eines sizilianischen Lageristen und einer Floristin kennt Vara die sozialen Verhältnisse in der Schweiz. Sie selbst arbeitete an der Coop-Kasse, während sie für ihr Jurastudium büffelte.



FRANZISKA RYSER (28): Sie hat in St. Gallen den Sitz der Grünen zurückerobert. Ryser zog schon mit 21 ins Stadtparlament ein, mit 25 wurde sie jüngste Parlamentspräsidentin. Daneben studierte sie Maschinenbau und forscht heute an der ETH.



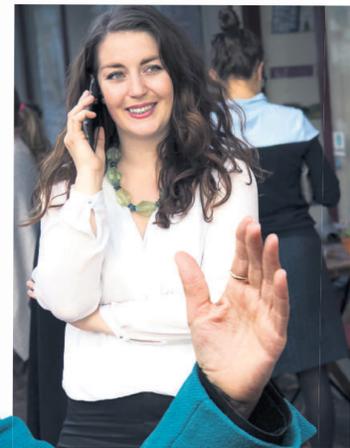
REGULA RYTZ (57): So sieht eine strahlende Siegerin aus! Und eine neue Bundesrätin? Zeit hätte Rytz: Im April tritt sie als Parteichefin der Grünen zurück. So oder so bleibt sie dem Bundeshaus aber treu. Ihren Platz im Nationalrat hat sie auf sicher – und auch die Chancen auf den Ständerat stehen gut.



TAMARA FUNICELLO (29): Für die einen eine Reizfigur, für die anderen das Beste, was den Frauen passieren konnte: Ex-Juso-Präsidentin Funicello will ihren feministischen Kurs auch im Parlament weiterführen. Ihre Themen: Arbeitszeitreduktion, höhere Renten und Löhne sowie die Stärkung der Frauenrechte.



GRETA GYSIN (36): Sie hat alles, was die Rechten nicht mögen: den Vornamen (Greta), die Partei (Grüne), den Beruf (Gewerkschafterin). Als Tessinerin weiss Gysin, was Lohndumping für die Arbeitenden bedeutet – und stellt sich klar hinter die flankierenden Massnahmen und Mindestlöhne.



LÉONORE PORCHET (30): Den ersten Frauenstreik 1991 erlebte Léonore Porchet im Kinderwagen. Am zweiten Frauenstreik, am 14. Juni 2019, ging sie voran: Als Mitglied der Streikkoordination organisierte sie den historischen Protesttag in der Waadt. Seit 2017 politisiert die 30jährige Grüne dort auch im Kantonsparlament.



MERET SCHNEIDER (27): Die junge Zürcherin hat ein Herz für Tiere. Als Co-Geschäftsführerin der Stiftung «Sentience Politics» hat sie deshalb die Initiative gegen Massentierhaltung lanciert. Das SRF titelte darauf: «Meret Schneider rettet die Welt.» Jetzt geht's für die Veganerin aber erst einmal für die Grünen ins Bundeshaus.



MARIANNA SCHLATTER-SCHMID (39): Alles hat im Parlament eine Lobby: die Krankenkassen, die Banken ... und jetzt auch die Pilze. Schlatter-Schmid ist diplomierte Pilzkontrolleurin. Sie politisiert aber nicht nur für die Umwelt, sondern auch für soziale Sicherheit. Seit 2011 ist die zweifache Mutter Präsidentin der Grünen Zürich.

Abwahl von Corrado Pardini: Die Reaktionen von links bis rechts

«Kämpfer mit Gestaltungswillen»



CORRADO PARDINI: «Es gibt noch viel zu tun, und Politik beschränkt sich nicht auf das parlamentarische Pflaster.» FOTO: KEYSTONE

Acht Jahre kämpfte Corrado Pardini im Bundeshaus für die Sache der Arbeitnehmenden. Jetzt ist er nicht wieder gewählt. «Das ist ein herber Verlust», sagt Unia-Chefin Vania Alleva. Und nicht nur sie.

MARIE-JOSÉE KUHN

Die schlechte Nachricht am späteren Abend des Wahlsonntags wirkte erst mal wie ein Schock: Unia-Industriechef Corrado Pardini hat seine Wiederwahl in den Nationalrat nicht geschafft. Dies als schweizweit bekannter, rührig-eloquenter, linker Politiker und Gewerkschafter. Als Kämpfernatur. Dies, obwohl er persönlich ein besseres Resultat erzielte als noch 2015. Seine ehemalige Nationalratskollegin Susanne Leutenegger Oberholzer sagt: «Noch mag ich es kaum glauben. Und sie ergänzt: «Seine Abwahl ist die Folge der SP-Verluste und der getrennten Berner SP-Listen.»

Pardinis Nichtwiederwahl ist hart. Für die Gewerkschaften, die ihren «führenden Industriegewerkschafter» (Ex-SGB-Chef und SP-Ständerat Paul Rechsteiner) in Bundesbern verlieren. Sie gewinnen im Nationalrat zwar den neuen SGB-Chef Pierre-Yves Maillard dazu, die wiederge-

wählte VPOD-Chefin Katharina Prelic-Huber sowie die grüne Tessiner Transfair-Gewerkschafterin Greta Gysin. Und wer weiss, vielleicht wird der Präsident des Walliser Gewerkschaftsbundes, Mathias Reynard, der auch für den Ständerat kandidiert, am 3. November noch ins Stöckli gewählt.

HERZBLUT

Trotzdem: «Die Abwahl ist ein herber Verlust», sagt Unia-Chefin Vania Alleva: «Corrado Pardini wird uns fehlen» (Seite 10). Er habe sich im Parlament «überzeugend» für die Interessen der Arbeitnehmenden eingesetzt. Das findet anerkennend über alle Parteigrenzen hinweg auch der ehemalige SVP-Nationalrat und Unternehmer Adrian Amstutz, von dem Pardini mal sagte: «Wenn Adrian

«Pardini vertrat noch die Büezer.»

EX-SVP-NATIONALRAT
ADRIAN AMSTUTZ

und ich uns die Hand gegeben haben, habe ich ein gutes Gefühl.» Amstutz: «Corrado Pardini vertrat im Parlament noch Büezer und Angestellte.» Das könne man nicht von allen Roten sagen.

Hart ist es jetzt auch für Corrado Pardini selber, der derzeit keine Inter-

views gibt. Einen Tag nach Bekanntgabe der Hiobsbotschaft meldete er sich aber via Facebook zu Wort. Er schrieb:

«Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Ich musste leider gestern abend zur Kenntnis nehmen, dass wir zwei Sitze verloren haben und ich damit nicht mehr in den Nationalrat gewählt worden bin. Dies nach acht Jahren, in denen ich mich im Nationalrat mit Herzblut für eine offene, soziale und ökologische Schweiz engagiert habe.

Ich möchte an dieser Stelle Euch allen für Eure Unterstützung danken. Ich habe mich in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren von Euch getragen gefühlt. Ihr habt mir immer wieder das Gefühl vermittelt, dass sich mein Einsatz lohnt und geschätzt wird.

Wie es weitergeht, ist im Moment offen. Eines weiss ich sicher: Es gibt noch viel zu tun, und Politik beschränkt sich nicht auf das parlamentarische Pflaster.

Solidarische Grüsse, Corrado.»

Darauf, dass sich Pardini weiterhin für die Arbeitnehmenden einsetzen wird, zählen auch Alleva und Rechsteiner. Einem Vollblutgewerkschafter gehe die Arbeit schliesslich nie aus.

Susanne Leutenegger Oberholzer, ehemalige Nationalrätin SP:

«Untrüglicher politischer Instinkt»



FOTO: RAPHAEL HÜNERAETH

«Noch mag ich es kaum glauben. Corrado Pardini, die starke Stimme der Lohnabhängigen, wird man im Nationalrat in der kommenden Legislatur nicht mehr hören. Seine Abwahl ist die Folge der SP-Verluste und der getrennten

Berner SP-Listen. Corrado kämpfte in den acht Jahren im Parlament konsequent für die Rechte der Arbeiterinnen und Angestellten, die soziale Sicherheit und den Service public. Er setzte sich zum Schutz der Löhne an vorderster Front gegen jede Aufweichung der flankierenden Massnahmen beim Rahmenabkommen mit der EU ein. Dies auch ohne Rücksicht auf persönliche Hiebe.

Für mich war Corrado ein Kollege, auf den man sich politisch verlassen konnte. Die Linke, aber auch das Parlament verlieren mit Corrado einen Kämpfer mit untrüglichen politischem Instinkt, einen eloquenten Debattierer mit grossem Gestaltungswillen. Er wird seinen Einsatz für die Lohnabhängigen und die Erhaltung der Arbeitsplätze vor allem auch als Industriechef in der Unia mit aller Kraft fortsetzen. Davon bin ich überzeugt.»

Paul Rechsteiner, Ex-SGB-Präsident und SP-Ständerat:

«Schlagende Rhetorik»



FOTO: KEYSTONE

«Corrado Pardini gehörte im Parlament zu den führenden und prägenden Vertretern der Gewerkschaften. Dies umso mehr, als er in der wichtigen Wirtschaftskommission des Nationalrats Einsitz hatte. Dazu kam seine

schlagende Rhetorik. Er verstand es, seine Argumente auch zu vermitteln. Seine Abwahl hat nichts mit ihm und seiner Arbeit zu tun, sondern ist das Resultat einer unglücklichen Listenkonstellation. Ich hoffe, dass wir weiter auf ihn zählen können. Er ist und bleibt ein führender Industriegewerkschafter.»

INSERAT



FESTIVAL DE CANNES
COMPETITION
2019 OFFICIAL SELECTION

«Heftig, ehrlich und wütend.»
THE GUARDIAN

«Ein bittersüßer Publikumsliebling über eine Familie, die darum kämpft, über die Runden zu kommen.»
INDIEWIRE



EIN FILM VON KEN LOACH

SORRY WE MISSED YOU

DREHBUCH PAUL LAVERTY

JETZT IM KINO



STARKER TOBAK: Zigarrenmacherinnen in einer Tabakfabrik im Aargau, 1952 (links). Streikende Maler auf dem Helvetiaplatz in Zürich, 1953. FOTOS: ERNST KOEHLI

Denknetz Neues Klima- programm

In Santiago de Chile beginnt am 26. November die Uno-Klimakonferenz, und auch in der Schweiz steigt noch in diesem Jahr ein überparteilicher Klima-Sondergipfel. Da kommt das neue Denknetz-Buch «Das System Change Klimaprogramm» gerade rechtzeitig. Auf 215 Seiten legt Autor Beat Ringger einen grundsätzlichen Anti-Klimakollaps-Plan vor. Und für die Schweiz schlägt er 27 Sofortmassnahmen vor. Etwa ein Verbot der Massentierhaltung, der fossilen Brennstoffe oder der Inland- und Kurzstreckenfliegerei. Aber ist das politisch auch machbar? Und wäre es überhaupt zielführend? Darüber können Sie an der Buchvernissage streiten.

Beat Ringger: **Das System Change Klimaprogramm**, Edition 8, 2019. CHF 19.80.
Buchvernissage: 4. November, 20 Uhr, Kosmos, Lagerstrasse 104, Zürich.

Labournet TV Arbeitskampf auf Video

Allen, die es gerne sehen, wenn Menschen sich gegen Frechheiten und Zumutungen wehren, sei wärmstens Labournet.tv empfohlen. Dieses Online-Filmarchiv stellt gratis über 800 Videos zu Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen aus 54 Ländern zur Verfügung. Oft sind die Filme brandaktuell, beleuchten etwa die Mobilisierung der Gilets jaunes oder die Streiks englischer Uber-Fahrer. Aber auch historische Leckerbissen sind im Programm. So eine Doku zum Arbeiterwiderstand in den Bochumer Opel-Werken in den 1970er Jahren oder Originalaufnahmen aus der Münchner Räterepublik von 1919. Und auch der Officine-Streik des SBB-Werks in Belinzona ist vertreten. Eines haben sämtliche Filme gemein: Sie zeigen einzigartige, emotionale und lehrreiche Momente der Selbstermächtigung. Ein Muss für aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

www.labournet.tv

Antifaschismus Fachblatt gegen Nazis

Am 9. Oktober attackierte ein schwerbewaffneter Neonazi die volle Synagoge von Halle (D). Weil sein Attentat scheiterte, erschoss der Antisemit kurzerhand eine Passantin und einen Bauarbeiter. Wenige Tage zuvor war die neue Ausgabe des Antifaschistischen Infoblatts (AIB) erschienen. Schwerpunktthema: Terrorismus von rechts. Und das deutsche Fachmagazin warnte: Die Gefahr von rechtsterroristischen und online radikalisierten «Ego-Shootern» nehme zu. Heute diskutiert ganz Deutschland über die Gefahr von virtuell vernetzten Attentätern. Diese sind nicht die erste zeittypische Bedrohung, die das AIB prognostiziert hat. Schliesslich spürt die Zeitschrift seit 1987 jeder europäischen Rechtsbewegung nach und klärt darüber auf. Und zwar so zuverlässig, dass der deutsche Verfassungsschutz zu den treuesten AIB-Lesern gehört.



Antifa-Infoblatt: Das Auslandsabo (10 Hefte pro Jahr) kostet 45 Euro, das Einzelheft 4,50 Euro. Zu bestellen auf www.antifainfoblatt.de

Neuer Bildband zur Schweizer Arbeiterbewegung Der Fotograf, der zu den Büzern linste



HARTE BÜEZ: Eine Arbeiterin macht kleine Holzkisten für Rössli-Zigarren, 1950er Jahre (oben). Zwei PTT-Arbeiter ziehen ein Kabel ein, ca. 1952.

FOTOS: ERNST KOEHLI

Nur durch einen Zufall landeten nicht alle Fotos von Ernst Koehli im Altpapier. Ein überaus glücklicher Zufall.

PATRICIA D'INCAU

Die Aktfotos und die Pflanzenbilder hatte Frau Koehli schon entsorgt. Und auch den Rest des Fotoarchivs ihres Mannes wollte die Witwe 1984 ins Altpapier geben. Wäre zu dieser Zeit nicht der Zürcher Grafiker Raymond Naef an einem kleinen Schaukasten vorbeigekommen, in dem er eine Handvoll Bilder von Ernst Koehli entdeckte: Aufnahmen vom Kreis 4, Zürichs Arbeiterquartier.

Bilder, die Naef für ein Ausstellungsprojekt haben wollte. Einen Anruf und einen Besuch bei Frau Koehli später trug er sie kistenweise nach Hause. Damit rettete Naef nicht nur Koehlis gesamtes Fotoarchiv. Sondern auch einen Teil der Schweizer Arbeitergeschichte.

ARBEITER GEGEN BANKSTER. Jetzt erscheint der umfassende Bildband: Er heisst «Chronist der sozialen Schweiz» und zeigt Koehlis Werk zwischen 1933 und 1953. Eine Zeit, geprägt von der geisti-

gen Landesverteidigung. Aber auch von einer bewegten Arbeiterschaft, Streiks und Protesten.

Fotograf Koehli begleitet die Arbeiter zuerst auf eigene Faust. 1933, als 20-jähriger und noch etwas wackelig unterwegs, schiesst er in Zürich, Winterthur und St. Gallen seine ersten Demo-Bilder. Als Begleiter einer grossen Bus-Protestfahrt mit über 900 Chauffeuren, die für geregelte Arbeits- und Ruhezeiten protestieren. Aber auch als Zeuge einer Demonstration gegen den rechten Finanzminister und früheren Banker Jean-Marie Musy, der die Löhne von Staatsangestellten um 15 Prozent kürzen will.

Koehlis Bilder sind stark, aber unaufgeregt. Der junge Koehli fotografiert an diesem Tag von oben herunter auf die Menschenmenge. Oder von hinten, aus einiger Entfernung, so dass oft kaum Gesichter zu erkennen sind. Sondern nur Mäntel, Hüte und Regenschirme.

STREIK-REPORTAGE. Später aber ist Koehli auch immer nah am Menschen. Mit Berufsportraits von gebückten Krawattennäherinnen und Spleissern, die in tiefen

Schächten Tausende Telefonkabel verbinden. Auf Besuch in den Hangars der damals noch jungen Swissair oder in den Zigarrenfabriken im Aargau. Er arbeitet jetzt immer mehr auf Auftrag, auch der Gewerkschaften.

Fast frontal richtet Koehli 1942 die Linse auf die Metzgerarbeiter, die sich im Zürcher Volkshaus treffen. Zur Protestveranstaltung kommen sie im «Sonntagsgwand», die Gesichtszüge sind konzentriert, die Arme verschränkt.

Ähnlich wie die Gärtner fünf Jahre später, die – wieder im Volkshaus – einen Streik beschliessen. Weil die Wirtschaft zwar brummt, aber Gärtner noch immer gleich viel verdienen wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Über eine Woche dauert der Ausstand. Und Koehli fotografiert und fotografiert.

Seine Bilder sind stark, aber unaufgeregt. Ganz im Gegensatz zu den damaligen Schlagzeilen der rechten NZZ. Sie behauptet in grossen Lettern: «Die Sozialisten greifen zum Terror.»

Chronist der sozialen Schweiz.

Fotografien von Ernst Koehli 1933–1953. Herausgegeben von Christian Koller und Raymond Naef, Verlag Hier und Jetzt, 2019, CHF 59.–.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



TIEFERE NORMALARBEITSZEIT STATT MEHR TEILZEIT

Vollzeitbeschäftigte in der Schweiz arbeiten heute im Durchschnitt 41,7 Stunden pro Woche (ohne Überstunden und Kurzarbeit). Das ist ungefähr gleich viel wie zu Beginn der 1990er Jahre (siehe Grafik). Die Gewerkschaften haben die grossen Arbeitszeitsenkungen in der Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg ausgehandelt. Ein wichtiger Schritt war damals in vielen Branchen die Einführung der 5-Tage-Woche. In den letzten Jahrzehnten konnte dagegen nur noch die Anzahl der Ferientage erhöht werden. Immerhin: Beschäftigte erhalten heute durchschnittlich 5 Wochen bezahlte Ferien im Jahr. Das ist eine Woche mehr als Anfang der 1980er Jahre.

MEHR TEILZEIT. Die Arbeitszeit bei 100-Prozent-Pensen ist zwar in den letzten Jahren nicht mehr gesunken – jedoch die Zeit, die wir durchschnittlich am Arbeitsplatz verbringen. Dafür verantwortlich ist die Teilzeitarbeit, die

rasant zugenommen hat. Besonders Frauen arbeiten Teilzeit, um Sorge- und Hausarbeit mit einem Erwerb vereinbaren zu können. Auch bei Männern hat die Teilzeitarbeit zugenommen, bleibt aber nach wie vor mehr Ausnahme als Regel.

ARBEITSZEITSENKUNG. Mehr Teilzeitarbeit ist jedoch keine gleichwertige Alternative zur Senkung der Normalarbeitszeit. Viele Arbeitnehmende dürfen von ihrer Firma aus gar nicht Teilzeit arbeiten oder würden in einer Teilzeitanstellung ihre Karriere aufs Spiel setzen. Vor allem aber können es sich Beschäftigte mit einem tiefen Lohn schlicht nicht leisten, Einkommen zugunsten von mehr Freizeit aufzugeben. Damit Arbeitnehmende nicht dazu gezwungen werden, mehr freie Zeit, eine gute Stelle und Einkommen gegeneinander abzuwägen, brauchen wir eine allgemeine Reduktion der Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Normalarbeitszeit sinkt nicht mehr

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in der Schweiz 1950–2018, ohne Überstunden oder Kurzarbeit, in Stunden.



Klar: Arbeitgeber nicken eine allgemeine Arbeitszeitsenkung kaum widerstandslos ab. Sie fürchten bei kürzerer Arbeitszeit und gleichen Löhnen um ihre Gewinne. Ihr Widerstand ist aber kein Hinderungsgrund. Das zeigt ein Blick in die Vergangenheit: Wir arbei-

ten nämlich heute nur deshalb nicht mehr 50 oder gar 60 Stunden in der Woche, weil Arbeitnehmende vor uns erfolgreich Arbeitszeitsenkungen erkämpften.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.



Regula Dick von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Bewerbungsgespräch: Darf ich bei der Familienplanung lügen?

Ich (25) habe mich vor kurzem in einem Hotel um eine Stelle als Köchin beworben. Das Gespräch lief sehr gut. Kurz vor Abschluss des Gesprächs hat mich meine zukünftige Vorgesetzte gefragt, wie es eigentlich mit meiner Familienplanung aussehe. Meine Vorgängerin sei nach einem Jahr schwanger geworden. Ich war völlig vor den Kopf gestossen und wusste nicht, wie ich antworten sollte. Ich habe vor einigen Monaten geheiratet, und natürlich möchten wir Kinder. Aber ich will nach dem Mutterschaftsurlaub weiterarbeiten. Mir war klar, dass ich die Stelle nicht bekomme, wenn ich das sage. Ich habe daher natürlich gesagt, dass mein Mann und ich noch keine Kinder möchten. Riskiere ich die Kündigung, wenn ich nun trotzdem schon in ein paar Monaten schwanger werde?

REGULA DICK: Nein. Die Frage nach der Familienplanung hat nichts mit Ihren beruflichen Fähigkeiten zu tun. Daher ist die Frage unzulässig, und deshalb durften Sie lügen. Wenn Ihre Chefin Ihnen deswegen kündigt, ist die Kündigung missbräuchlich, und Sie haben Anspruch auf Entschädigung.

Überwachung: Kameras im Pausenraum?

Ich arbeite in einem Tankstellen-shop als Verkäuferin. Vor kurzem hat mir eine Kollegin im Vertrauen gesagt, die Zapfsäule, das Verkaufslokal und auch unser Aufenthaltsraum würden videoüberwacht. Unser Chef könne jederzeit sehen, was sich dort abspiele. Ich fühle mich seither sehr unwohl. Besonders wenn das Wetter schlecht ist und ich während der Pausen den Aufenthaltsraum nutzen muss. Darf mein Chef das eigentlich?

REGULA DICK: Nein. In einer Tankstelle und auch in einem Verkaufslokal kann es zwar aus Sicherheitsgründen oder zum Schutz vor Diebstählen notwendig sein, gewisse Be-



VIDEOÜBERWACHUNG: Ihre Firma darf Kameras nur zum Diebstahlschutz und aus Sicherheitsgründen installieren. FOTO: DREAMSTIME

reiche zu überwachen. Die von Ihnen beschriebene umfassende Überwachung ist aber unverhältnismässig. Ganz besonders die Überwachung der Aufenthaltsräume. Zudem hätte Ihr Vorgesetzter Sie auch über die Überwachungsmaßnahmen informieren müssen. Fordern Sie Ihren Chef auf, die Überwachung auf das zum Diebstahlschutz und auch aus Sicherheitsgründen absolut Notwendige einzuschränken.

Diagnose Krebs: Plötzlich ist alles anders. Und wie geht's weiter im Beruf? Ihr Ziel: Die Rückkehr ins

Eine Krebserkrankung ist ein Schicksalsschlag, der vieles in Frage stellt. Auch die eigene Arbeit. Wie informieren Sie in der Firma, und wie bereiten Sie die Rückkehr an den Arbeitsplatz vor?

MARTIN JAKOB

Jedes Jahr erkranken über 40 000 Menschen in der Schweiz neu an Krebs, über ein Drittel von ihnen stehen zum Zeitpunkt der Diagnose im Berufsleben. Krebs ist nach Muskel- und Skeletterkrankungen und psychischen Beeinträchtigungen die dritthäufigste Ursache für längere Abwesenheiten vom Arbeitsplatz.

Immer öfter ist die Medizin im Kampf gegen den Krebs erfolg-

Immer mehr an Krebs Erkrankte kehren in ihren Job zurück.

reich. 320 000 sogenannte Cancer Survivors (Krebs-Überlebende) leben heute in der Schweiz – darunter 65 000 im erwerbsfähigen Alter –, bei denen die Diagnose mehr als fünf Jahre zurückliegt. Das heisst, dass Krebs heute zu den chronischen Krankheiten zählt und dass immer mehr an Krebs erkrankte Menschen wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren.

Damit stellen sich neue Fragen: Was bedeuten längere Absenzen für die Betroffenen, für ihr Team und für die Firmen, und wie lässt sich das Berufsleben nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz fortsetzen?

NACH DER DIAGNOSE

Woran auch immer Sie erkranken: Sie müssen die Diagnose grundsätzlich nicht offenlegen. Die Vorlage eines Arztzeugnisses wegen Krankheit genügt. Gerade bei Krankheiten wie Krebs, deren Verlauf schwer voraussagbar ist und die längerdauernde Absenzen nach sich ziehen können, hat es aber Vorteile, die Diagnose in der Firma mitzuteilen, sobald sie gesichert ist. Sie schaffen damit bei Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Vorgesetzten die Grundlage für das nötige Verständnis.



WORKTIPP

ERZÄHLEN UND FRAGEN

Wie bewältigen andere Betroffene ihre Situation? Auf krebsforum.ch erzählen Menschen mit Krebserfahrung ihre Geschichte, und Experten beantworten Ihre Fragen. Daneben gibt es Foren, die sich speziell mit bestimmten Krebserfahrungen auseinandersetzen. Zum Beispiel europadonna.ch für Brustkrebs.

ICH BIN WIEDER DA: Die meisten Krebsbetroffenen wünschen sich die Rückkehr an den Arbeitsplatz. FOTOS: KEYSTONE, ISTOCK

Überlegen Sie sich vorab, was Sie mitteilen möchten und was lieber nicht – zum Beispiel sollten Sie mit der Information über eine unklare Prognose zurückhaltend sein. Machen Sie sich Notizen, was Sie genau kommunizieren wollen – so haben Sie eine Leitlinie zur Hand, was Sie auf wiederkehrende Fragen antworten. Sagen Sie in der Firma auch offen, ob und wie Sie auf die Erkrankung angesprochen werden möchten. Gerade Ihre nächsten Kolleginnen und Kollegen im Team sind froh, wenn Sie ihnen Hinweise geben, welches Verhalten Ihnen angenehm ist.

Lassen Sie keinen Zweifel daran, dass Sie nun zwar krank sind, aber nach ausgedehnter Behandlung an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren wollen. Ihre Vorgesetzten haben die Aufgabe, Ihre Stellvertretung zu organisieren – und zwar so, dass die zusätzliche Belastung im Team tragbar bleibt.

Grössere Firmen verfügen über ein betriebliches Gesundheitsmanagement. Im Fall einer Krebserkrankung sollten Sie die entsprechende Fachstelle nutzen, um frühzeitig das Vorgehen je nach Krankheitsverlauf zu besprechen. Nutzen Sie auch Beratungsangebote der Krebsliga (s. unten).

WÄHREND IHRER ABSENZ

Möchten Sie nach einer Operation Besuche? Wünschen Sie in der Zeit, in der Sie wegen einer kräftezehrenden Therapie zu hundert Prozent krank geschrieben sind,

dennoch ab und zu News aus der Firma zu erhalten oder gar zu gewissen Team-Events eingeladen zu werden? Sie dürfen auch dazu Ihre Wünsche äussern. Achten Sie aber darauf, sich nicht zu überfordern. Ihre Genesung hat jetzt Priorität.

ZURÜCK INS ARBEITSLEBEN

Chemotherapien und Bestrahlungen haben häufig auch unangenehme oder gar deutlich belastende Nebenwirkungen, die lange über das Therapieende hinaus anhalten können. Dabei sind körperliche Symptome klar erkennbar und nachvollziehbar, zum Beispiel Haarausfall, Gewichtsverlust und Übelkeit. Andere Symptome können diffus sein und werden – auch vom Umfeld – nicht immer als Nebenwirkungen erkannt. Zum Beispiel: chronischer Erschöpfungszustand (Fatigue), Konzentrationsschwächen und Sensibili-

Wenn eine Kollegin oder ein Kollege an Krebs erkrankt «Das Team kann zu einer wichtigen

Ein Krebsfall belastet auch das Team. Erika Karlen-Oszlai von der Krebsliga sagt, wie Sie sich als Kollege und Kollegin Betroffenen gegenüber verhalten und wie Sie sie unterstützen können.

MARTIN JAKOB

work: Krebs ist für die betroffene Person eine niederschmetternde Diagnose. Wie kann man helfen?

Erika Karlen-Oszlai: Auf die Diagnose Krebs reagiert jeder Betroffene anders. Verzweiflung, Resignation, Rückzug und Verdrängung kommen vor. Doch die meisten kämpfen, sind hochmotiviert und



ERIKA KARLEN-OSZLAI, Psychologin FSP und diplomierte Berufsberaterin, ist Fachspezialistin «Krebs & Arbeit» bei der Krebsliga Schweiz. FOTO: ZVG

wollen unbedingt so rasch wie möglich wieder zurück ins «normale» Leben. Dabei können sie Gefahr laufen, sich selbst zu überfordern. Wichtig ist in jedem Fall, dass Sie sich an den Bedürfnissen der erkrankten Person orientieren und Ihre Unterstützung anbieten. Oft möchte die erkrankte Kollegin oder der Kollege am Arbeitsplatz möglichst viel Normalität bewahren. Dazu kann das Team viel beitragen. Überfürsorge ist dagegen selten eine gute Idee, genauso wenig wie ein totaler Rückzug.

Eine Krebserkrankung führt oft zu längeren Absenzen und reduzierter Leistungsfähig-

keit; für die Kolleginnen und Kollegen kann das eine Mehrbelastung bedeuten, die mit der Zeit auch unangenehm oder sogar unzumutbar wird. Bei zeitlich überschaubaren Absenzen bedeutet es einerseits gelebte Kollegialität, Aufgaben der erkrankten Person im Team vorübergehend aufzuteilen, solange dies in einem bewältigbaren Rahmen bleibt. Andererseits haben Vorgesetzte die Verantwortung, der Gesundheit der Mitarbeitenden Sorge zu tragen – diese Verantwortung gilt ja gegenüber dem ganzen Team. Wird die Belastung unzumutbar, ist deshalb eine Stellvertretung nötig.

normale Leben



tätsstörungen in Händen und Füßen. Deshalb kann es im Frust enden, wenn Sie zu früh an den Arbeitsplatz zurückkehren und sich selbst überfordern. Sie ärgern sich über sich selbst, dass Sie nicht die von früher gewohnte Leistung zeigen, und die Menschen in Ihrer Arbeitsumgebung haben Mühe, das nötige Verständnis aufzubringen:

Nachwirkungen einer Therapie können oft lange anhalten.

Wo Sie doch selbst gesagt haben, Sie seien jetzt wieder da – gesund!

Lassen Sie sich deshalb ärztlich beraten. Oft ist ein Zeugnis die Lösung, das Ihnen eine Teilarbeitsfähigkeit bescheinigt und festhält, welche Arbeiten und welche Arbeitszeit Ihnen wieder zumutbar sind. Eine Möglichkeit, die Bedin-

gungen Ihres Wiedereinsatzes klar zu regeln, bietet das «ressourcenorientierte Eingliederungsprofil» (REP) der Organisation Compasso (www.compasso.ch), das Sie gemeinsam mit Ihrer Firma und Ihrem Arzt erstellen. Das REP definiert Möglichkeiten und Grenzen Ihrer Arbeitsfähigkeit recht detailliert, jedoch enthält es weder Diagnose noch Befund – diese Informationen müssen dem Arbeitgeber nicht offengelegt werden.

Je nach Heilungsverlauf werden Sie nach einiger Zeit wieder in den «courant normal» zurückkehren. Vielleicht entscheiden Sie sich auch je nach Gesundheitszustand und seelischem Befinden zu einer dauerhaften Reduktion Ihres Pensums. Denn derart einschneidende Ereignisse wie eine schwere Erkrankung können auch zur Folge haben, dass plötzlich anderes im Leben wichtiger wird.

LOHNFORTZAHLUNG/RENTE

UND DIE FINANZEN?

Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, bei Krankheit oder Unfall den Lohn während einer bestimmten Zeit weiter zu bezahlen. Dabei hängt der Anspruch von der Dauer des Arbeitsverhältnisses ab. Im ersten Dienstjahr muss der Lohn, falls das Arbeitsverhältnis mehr als drei Monate gedauert hat, während dreier Wochen bezahlt werden, ab dem 2. Dienstjahr länger. Dazu gilt je nach Region die Berner, Zürcher oder Basler Skala (siehe www.arbeitsverhinderung.ch). Besteht eine (nicht obligatorische) Krankentaggeldversicherung, beträgt der Anspruch in der Regel 80 Prozent des Lohnes während 720 Tagen. Regelungen im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder GAV müssen mindestens dem gesetzlichen Anspruch entsprechen. Die Angaben zur Regelung in Ihrem GAV finden Sie auf www.gav-service.ch.

IV-EINGLIEDERUNG/RENTE

Bei schweren oder absehbar langdauernden Erkrankungen kann eine freiwillige Früherfassung bei der IV-Stelle des Wohnsitzkantons sinnvoll sein. Sie ermöglicht es der Invalidenversicherung, frühzeitig zu prüfen, ob und welche Abklärungen und Massnahmen nötig sind, um die betroffene Person vorrangig beim Verbleib im Arbeitsprozess zu unterstützen. Eine reguläre IV-Anmeldung ist immer nötig, wenn Eingliederungsmassnahmen umgesetzt und/oder der Anspruch auf eine IV-Rente geprüft werden sollen. Die Anmeldung sollte spätestens sechs Monate nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgen. Einen Anspruch auf IV-Rente haben Personen, die mindestens während eines Jahres ohne Unterbruch durchschnittlich zu 40 Prozent oder mehr arbeitsunfähig waren und weiterhin zu mindestens 40 Prozent nicht erwerbsfähig bleiben.

www.ahv-iv.ch

Stütze werden»

Wenn der Kollege oder die Kollegin länger fernbleibt: Gehört sich da ein Krankenbesuch?

Da geht es nicht darum, was sich gehört und was nicht: entscheidend ist, ob die betroffene Person das wünscht. Das findet man ganz einfach heraus, indem man sich nicht scheut, danach zu fragen.

Und wie verhält man sich, wenn der Kollege oder die Kollegin nach der Behandlung an den Arbeitsplatz zurückkehrt?

Die Rückkehr zur Arbeit bedeutet sehr oft nicht das Ende der Krankheit oder der Therapie, und die Leistungsfähigkeit ist noch eingeschränkt. Vorwürfe an die Be-

troffenen wegen ihrer reduzierten Belastbarkeit helfen niemandem. Stattdessen sollte man seine Unterstützung beim Wiedereingewöhnen anbieten. Ein offenes Gespräch an der Teamsitzung dar-

«Überfürsorge ist selten eine gute Idee – totaler Rückzug auch nicht.»

über, was möglich ist und was nicht, und klare Vereinbarungen für den Wiedereintritt sind hilfreich. Sie machen allen deutlich, welchen Platz die betroffene Person in nächster Zeit einnehmen wird und welche Arbeit sie in welchem Pensum leisten kann.

KREBSLIGA

GUTER RAT

Die Fachstelle Krebs & Arbeit der Krebsliga informiert, berät und unterstützt Mitarbeitende, Vorgesetzte, Personalverantwortliche und Arbeitgeber. Sie ist dabei neutral allen Hierarchiestufen gegenüber. Zum Angebot zählen Referate und Workshops in den Unternehmen sowie ein Telefoncoaching (0848 114 118). Persönliche Beratung und Begleitung von Betroffenen und Nahestehenden bieten die kantonalen und regionalen Krebsligen. www.krebsliga.ch

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

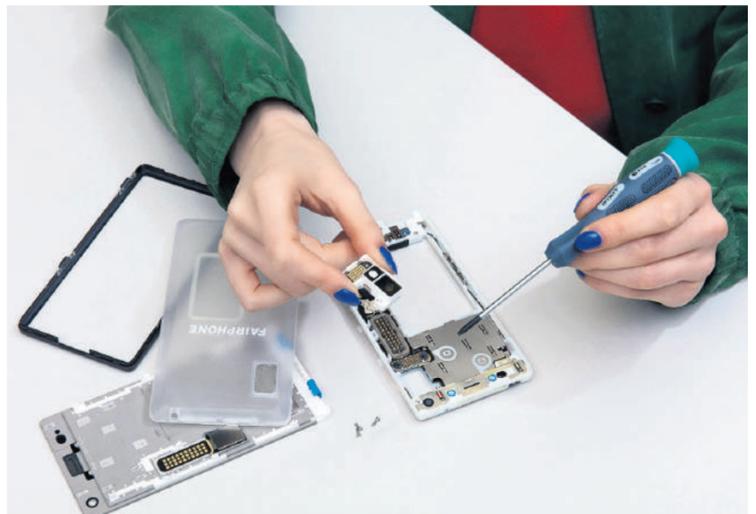
Das Fairphone lässt sich einfach reparieren

Ohne Fachkenntnisse lässt sich ein kaputtes Handy kaum flicken. Viele Teile sind fest verlötet oder geklebt statt verschraubt. Selbst der Akku lässt sich oft nicht ersetzen. Eine Ausnahme ist das Fairphone 3: Kein Handy lässt sich so einfach reparieren. Zu diesem Urteil kamen Experten von iFixit. Die US-Firma bewertet regelmässig, wie einfach sich Geräte wie Handys reparieren lassen. Das Fairphone 3 erhielt dabei die volle Punktzahl. Das war zuvor erst dem Fairphone 2 gelungen. Akku, Display, Lautsprecher oder Kamera lassen sich problemlos ausbauen und ersetzen. Praktisch: Dem Handy liegt bereits ein kleiner Schraubenzieher bei.

Dem Fairphone liegt sogar der passende Schraubenzieher bei.

Das Fairphone kostet rund 500 Franken. Einen neuen Akku findet man auf der Website fairphone.com/de für rund 30 Franken, eine Kamera für 50, ein Display für knapp 100 Franken. Ein Nachteil des Fairphones: Seine Leistung, die Kamera und die Displayauflösung kommen nicht an die teurere Konkurrenz von Apple oder Samsung heran.

ANLEITUNGEN. Auf de.ifixit.com finden sich zahlreiche Reparaturanleitungen. Neben Handy und Computer gibt es auch Schritt-für-Schritt-Anleitungen für Tablets, Spielekonsolen und Kameras. Auch für Autos gibt es Gebrauchsanweisungen. Damit können Sie zum Beispiel Leuchtmittel, Luftfilter oder die Batterie austauschen. MARC MAIR-NOACK



SELBER MACHEN: Beim Fairphone 3 lassen sich wichtige Teile wie Akku, Fotooptik und Display einfach austauschen. FOTO: FAIRPHONE

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Wie soll der Lehrmeister meine Eltern informieren?

Ich habe letztes Jahr meine Lehre als Malerin begonnen. Meine Eltern haben zwar den Lehrvertrag mitunterschieden, waren jedoch beim Bewerbungsgespräch nicht dabei und wurden seitdem auch nie vom Lehrmeister über den Verlauf der Lehre informiert. Da meine Eltern nicht in der Schweiz geboren sind, wussten weder sie noch ich, dass dies unüblich ist. Sie würden gerne stärker einbezogen werden. Haben sie ein Anrecht darauf? Was kann ich tun, um dies durchzusetzen? Ich möchte es mit meinem Lehrmeister nicht verschmerzen, da wir sonst ein sehr gutes Verhältnis haben.

« Grundsätzlich gilt, dass dich deine Eltern, ein Elternteil oder ein gesetzlicher Beistand bis zum 18. Lebensjahr vertreten. Zusätzlich sind deine Eltern verpflichtet, dich während der Ausbildung zu unterstützen – finan-

ziell wie auch mit Rat und Tat. Deshalb sollte dein Chef diese Unterstützung ermöglichen. Er sollte deine Eltern über den Verlauf deiner Lehre informieren und sich mit ihnen austauschen. Üblich ist, dass dein Lehrmeister regelmässig einen Ausbildungsbericht anfertigt, den er zuerst mit dir bespricht und danach deinen Eltern schickt. An deiner Stelle würde ich dem Lehrmeister vorschlagen, gemeinsam mit deinen Eltern einen Termin auszumachen, um deinen Ausbildungsbericht zu besprechen.»



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

« Hast auch du eine Frage an die Unia Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

WORKLESERFOTO



Eine glückliche Pilzfamilie

WANN 11. Oktober 2019

WO Schwandalpweiher, Flüfli LU

WAS Fliegenpilze

Eingesandt von Maria Kiener, Heimiswil BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

(Un)zufrieden in der Arbeit

Stress und Druck am Arbeitsplatz machen krank. work-Leserin Katharina Baschiera hat Tipps, wie wir unseren Arbeitsalltag gesünder gestalten können:

Es ist zwar den Betrieben und CEO bewusst, dass Arbeitszufriedenheit ein Gewinnkriterium ist. Daher gibt es Feedbackbefragungen, Jahresgespräche, Teamsitzungen usw. Doch wie sieht es aus, wenn der Betrieb finanzielle Sorgen hat und dadurch der Druck ansteigt? Was, wenn der CEO oder die Abteilungsleitung meist nur negative und destruktive Äusserungen an uns Mitarbeitende weitergeben?

AUS FEHLERN LERNEN. Was die Zufriedenheit fördert, sind folgende Massnahmen der Chefs und der Unternehmen: Lob, Belohnung, Mut machen, danke sagen, Firmenfeiern, Firmenausflüge, die Arbeitenden um ihre Meinung fragen, Vertrauen schenken, ehrliche Chefinnen und Chefs, die kritikfähig sind und Fehler eingestehen. Denn irren ist menschlich, und aus Fehlern lernen wir am besten. Hier einige relevante Beispiele, welche die Betriebsleitung beachten soll: Arbeitsplätze, die ergonomisch auf die Gesundheitsbedürfnisse zugeschnitten sind, genügend Pausen, die Möglichkeit, das Team mitgestalten zu lassen und Mitarbeitende in wichtigen Entscheidungsprozessen zu befragen.

DAS HÖCHSTE GUT. Wir alle wissen, dass unsere eigene Gesundheit das höchste Gut ist. Da wir pro Tag ungefähr 8,5 Stunden und mehr arbeiten, wollen wir diese Zeit schön gestalten. Wir schlafen besser, wenn es uns tagsüber gutgeht. Und arbeiten besser, wenn wir uns gut erholt haben in der Freizeit. Sich abgrenzen, entspannen nach geistiger und körperlicher Anstrengung sind wesentliche Massnahmen, um fit zu bleiben. Mobbing ist eines der ernstesten Themen, ebenso wie psychische oder körperliche Belästigung. Hier ist es sehr wichtig, Verbündete am Arbeitsplatz zu suchen; und im besten Fall haben das HR-Büro und der Arbeitgeber Vertrauenspersonen, an die man sich wenden kann. Die Unia ist bei solchen Themen für Sie da.

KATHARINA BASCHIERA, SOZIALARBEITERIN FH

WORKPOST

WORK 16 / 27.9.2019: EINE CO₂-NEUTRALE SCHWEIZ BIS 2030 IST MACHBAR

Geniales Konzept!

Der grosse Klima-Umbauplan, den work präsentierte, hat hohe Wellen geworfen. Und auch bei anderen Medien zahlreiche engagierte Leserinnen und Leser zu Kommentaren animiert. So schreibt ein Leser der Onlinezeitung «Watson»: «Auf so eine Publikation habe ich lange gewartet. Konkrete Massnahmen und ein griffiges Konzept.» Oder: «Geniales Konzept – und es beginnt vor allem jetzt und nicht am St.-Nimmerleins-Tag.» Auch andere Lesende finden es toll, dass der work-Umbauplan Netto-Null bereits 2030 erreichen will: «Denn 2050 ist ein Witz. 30 Jahre? Vor 30 Jahren gab's noch nicht mal Heimcomputer, geschweige Handys.» Ein weiterer «Watson»-Leser hält die Vorschläge für «konkret und teilweise sicher realistisch. Insbesondere mit der Lenkungsabgabe mit Rückerstattung und der möglichen Finanzierung über die Nationalbank.» Bezüglich der Finanzierung gibt eine Leserin zu bedenken: «Der Umbau wäre grösstenteils auch ohne die Milliarden der SNB möglich. Ab 2025 dürfen in Norwegen nur noch Elektroautos verkauft werden – es gibt keinen Grund, wieso das hierzulande nicht auch möglich wäre.» Sie ist jedoch gegen kleine, abschottbare Stromnetze. Denn gegen Blackouts und Dunkelflauten helfe eine bessere Vernetzung, nicht eine schlechtere – und schon gar keine Notstromaggregate.

WORK 17 / 18.10.2019: «ICH WEISS BIS HEUTE NICHT, WARUM ICH GEHEN MUSSTE»

Grotesk

Baby da, Job weg: In der letzten Ausgabe berichtete work über die Pflegerin Sarah Peter, die nach der Geburt ihres Kindes ihren Job im Inselspital verlor. Viele Leserinnen und Leser reagierten auf diese Ungerechtigkeit. Es sei «grotesk», dass dies ausgerechnet in der Frauenklinik geschehe, schreibt eine Leserin der Onlinezeitung «Nau». «Wo bleibt die Verantwortung der Arbeitgeber? Da werden Mitarbeitende bewusst in die Armut

getrieben.» Viele Lesende fanden dies angesichts des Fachkräftemangels besonders schockierend: «Mangel, Mangel, Mangel in den Spitälern und speziell nochmals in den Pflegeheimen. Fällt eine Schwangere aus, wird sie nicht ersetzt. Die anderen Mitarbeitenden übernehmen ihre Stunden zusätzlich. Fazit: mehr Arbeitslose, mehr Burnout. Und die obere Leitung der Spitäler bekommt einen höheren Lohn. So ist es heute!» Andere Leser der Onlinezeitung «Nau» sind wenig erstaunt, dass dies im Inselspital geschieht, denn es sei ja nicht das erste Mal, dass bei der Insel-Gruppe das Personal, obwohl dringend nötig, keinen grossen Stellenwert habe und mehr als Mittel zum Zweck angesehen werde. Einige Leserinnen nehmen den Kanton in die Pflicht, denn er sei der Hauptfinanzierer der Insel. Doch dort seien nur «Höseler allesamt».

WORK 12 / 2.2.2018: MS DIRECT: NEUE TRICKS UND FAULE AUSREDEN

Schreckliche Firma

Miese Tricks, faule Ausreden und unanständige Löhne: Dies berichteten MS-Direct-Mitarbeitende in St. Gallen im work. So wie ihnen geht es auch anderen Mitarbeitenden von MS Direct. Noch anfangs Oktober 2019 haben sie auf www.workzeitung.ch davon berichtet:

«Ich habe auch für diese schreckliche Firma gearbeitet. Wir mussten nur noch sparen, sparen, sparen. Ich war im Callcenter. Ich hatte nur 5 Minuten, um den Computer und etwa 8 verschiedene Softwares zu starten. Mit den Kundinnen und Kunden durften wir nicht länger als 1 Minute 30 Sekunden telefonieren. Wir durften nicht mal auf die Toilette gehen. Es war einfach unmenschlich.»

«Ich habe 4 Jahre lang bei MS Direct gearbeitet. Am Anfang war's noch gut. Doch als MS Direct übernahm, wurde es schrecklich. Ich habe oft 10 Stunden gearbeitet. Ich musste Leute einschulen, obwohl das nicht zu meiner Arbeit gehörte. Als ich mein Wissen schön weitergegeben hatte, wurde mir gekündigt. Mit dem Argument, es sei doch besser für mich, da ich so einen langen

Arbeitsweg habe. Danach verlangten meine Chefs, dass ich noch alle Schulungsunterlagen zusammenstellen müsse. Was ich dann aus Prinzip nicht getan habe. Ich bin sehr froh, nicht mehr dort zu sein.»

«Ich war als Teamleiter bei MS Direct in MuttENZ angestellt. Es waren wirklich schlimme Zustände. Eine völlig überforderte, in keiner Weise kompetente HR-Fachfrau, die bei einigen Angestellten keine Pensionskassenanmeldungen gemacht hatte, weil sie nicht wusste, wie es geht. Das höhere Kader hat sich Traumgehälter ausbezahlt, während Teamleiter mit 250 Überstunden und mit Verantwortlichkeiten für 30 Mitarbeiter mit Niedriglöhnen abgespeist wurden.»

«Neben einer völlig unfähigen HR, die wohl gar keine Fachfrau HR ist, gibt es auch noch eine Leiterin, die nichts kann und jeden bestraft, der mehr will oder mehr kann als sie. Alle leiden unter der satanischer Führung und kriegen nirgends Hilfe oder Antworten. Zum Glück hat dies auch das RAV mittlerweile eingesehen und verbietet Bewerbungen an MS Direct.»

«Die Einsätze wurden nach Lust und Laune definiert. Ich hatte teilweise Einsätze für nur zwei Stunden. Die Arbeitspläne bekam ich jeweils erst am Freitag für die kommende Woche. Finger weg von dieser Firma!»

«Nach über drei Jahren verlasse ich die MS Direct in MuttENZ BL. Leider gibt es kaum etwas Positives zu sagen. Das Fachwissen der Vorgesetzten ist miserabel. Logik und Fairness sind ein Fremdwort. Kollektivstrafen wie im Militär. Wenn etwas nicht stimmt, muss man mit rechtlichen Schritten drohen, bevor es ernst genommen wird. Konstruktive Kritik oder selbständiges Denken ist unerwünscht. Die Arbeitsleistungen pro Tag der Mitarbeitenden werden im Büro aufgehängt. Die Arbeitsatmosphäre ist nur noch bedrückend, alle möchten kündigen, sind frustriert oder apathisch. Die Kommunikation ist grauenhaft. Pausenzeiten müssen strengstens eingehalten werden sowie auch WC-Pausen. Pausensperren gibt es neuerdings auch. Löhne werden nicht ausbezahlt, gearbeitete Stunden verschwinden. Ein sinkendes Schiff: Profitgier ahoi!»

workquiz



1. Frauenwahl I: Wie viele Sitze im Nationalrat sind neu in Frauenhand?

- a) 74?
- b) 84?
- c) 94?
- d) 104?

2. Frauenwahl II: Wie heisst die jüngste Nationalrätin?

- a) Marina Sarti?
- b) Sarina Monti?
- c) Samira Marti?
- d) Martina Senti?

3. Frauenwahl III: Welchen Beruf hat die neue grüne St. Galler Nationalrätin Franziska Ryser?

- a) Helikopterpilotin?
- b) Astrologin?
- c) Teilchenphysikerin?
- d) Maschinenbauingenieurin?

4. Frauenwahl IV: Wie hoch ist die Frauenquote des Kantons Obwalden im Nationalrat?

- a) 100 Prozent?
- b) 35 Prozent?
- c) 50 Prozent?
- d) 55 Prozent?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

1b, 2c, 3d, 4a

REGINA KARICH
STÄDTE-REISENDE

Regina Karich (*1972) lebt mit ihrem Mann, einem diplomierten Drogisten und IT-Spezialisten, und Sohn Dominik (22) seit 12 Jahren in Boswil im Kanton Aargau. Ihre ältere Tochter Cécile ist 25 Jahre alt und lebt in einem Nachbarort. Vorletztes Jahr ist Regina Karich Grossmutter geworden und geht in dieser neuen Rolle mit Herz und Seele auf. Zur Familie Karich gehören auch zwei Hunde, ein Prager Rattler und ein Mops, sowie eine Katze. Sie halten Regina Karich neben ihrer Arbeit auf Trab.

FCB-FAN. Sie bringt aber auch gerne Zeit im Garten, bei Näh- und Strickarbeiten oder auf Städtereisen. Besonders angetan haben es ihr als FCB-Fan Basel – «das ist meine Stadt» – und London. Die englische Metropole besucht sie mehrmals jährlich – unter anderem pilgert sie dort gerne in den Wäscheladen Victoria's Secret. Auf Städtereisen frönt sie auch mit Begeisterung einem weiteren Hobby, das sie mit ihrem Mann teilt: der Fotografie. «Auch wenn ich eine Stadt kenne, entdecke ich immer neue Sujets», sagt sie.

BIBEL. Auf ihrem Nachttisch liegt eine Bibel, in der sie täglich liest: «Seit meinem Bandscheibenvorfall bin ich ein sehr religiöser Mensch geworden», sagt sie. Regina Karich ist Mitglied beim Verein der Angestellten Coop (VdAC) und bei der Unia. Sie arbeitet 70 Prozent und verdient CHF 2350 (netto) monatlich.



Coop-Kassierin Regina Karich wünscht sich Respekt für ihre Arbeit – nicht mehr, nicht weniger

Verkäuferin mit Rückgrat

Sie hat für (fast) alle ein Lächeln übrig: Regina Karich (47), Coop-Kassierin und Unia-Frau. Von der Gewerkschaft wünscht sie sich mehr Engagement im Detailhandel.

ASTRID TOMCZAK | FOTO FLORIAN BACHMANN

Sie lebt auf dem Land und liebt die Stadt – Basel vor allem und London. Sie kommt aus einer bürgerlichen Hochburg und ist SP- und Gewerkschaftsmitglied. Sie arbeitet bei Coop – und kauft vieles in der Migros. Eines ist klar: Regina Karich (47) lässt sich nicht so leicht einordnen und erst recht nicht in eine Schublade pressen. Dabei arbeitet sie als Kassierin in einem Job, den die meisten Menschen ganz schnell schubladisieren. «Der Verkauf wird oft als was Minderwertiges betrachtet», sagt sie. Es klingt nicht vorwurfsvoll oder bitter, es ist die nüchterne Feststellung einer gestandenen Berufsfrau, die Respekt erwartet – nicht mehr, nicht weniger.

Dass sie im Detailhandel arbeiten würde, war für Regina Karich schon früh

klar. «Ich bin in einem Kleiderladen aufgewachsen», erzählt sie. Ihre Grosseltern haben im aargauischen Laufenburg ein Geschäft geführt. Die Enkelin spielte mit dem Gedanken, das Geschäft zu übernehmen. Aber Laufenburg sei zwar «ein hübsches Städtchen», sagt Karich. «doch zum Einkaufen gehen die Leute ins grössere Frick».

UNSCHÖNE TELEFONATE. Den Kleiderladen gibt's seit 30 Jahren nicht mehr. Regina Karich machte in einem Schuhhaus in Möhlin AG ihre Lehre, war danach noch ein paar Jahre in verschiedenen Geschäften tätig. Mit 22 wurde sie zum ersten Mal Mutter, 3 Jahre später zum zweiten Mal. Sie widmete sich ganz ihren Kindern. Als ihr jüngeres Kind ins Kindergartenalter kam, stieg sie als Teilzeitkraft im Stundenlohn bei Coop ein. Das war vor 18 Jahren. Schnell engagierte sie sich beim Verein der Coop-Angestellten, seit 15 Jahren auch in der Unia, die ihr geholfen hat, nach Jahren endlich eine Festanstellung zu bekommen.

«Ich war schon immer ein sozialer Mensch», sagt sie. «Ich habe mich deshalb

auch bei der SP engagiert, beispielsweise für die Kampagnen vor den Nationalratswahlen.» Vieles erzählt sie beinahe beiläufig, manchmal mit einem spontanen Lachen begleitet: Sie scheint kein Mensch zu sein, der im Mittelpunkt stehen muss oder sich im Glanz anderer sonnen will. Für ein politisches Mandat hat sie nie kandidiert – unter anderem, weil ihr Mann als SP-Präsident in ihrem Wohnort Boswil AG schon genug im Rampenlicht steht: Er hatte dafür gesorgt, dass gegen den Boswiler Gemeindefreiwirtschaftler ein Strafverfahren eröffnet wurde, weil dieser öffentlich gegen Flüchtlinge gehetzt hatte.

Natürlich wurde auch Regina Karich immer wieder darauf angesprochen und erhielt das eine oder andere unschöne Telefonat. Aber: Sie ist kein Anhängsel ihres Mannes. Sie politisiert eigenständig «am liebsten dort, wo ich lebe und arbeite». Als Unia-Regiovorstand der Sektion Aargau-Nordwestschweiz ist es ihr wichtig, «meinen Kolleginnen und Kollegen bei Problemen zu helfen». Diesbezüglich hat sie auch Wünsche an die Unia: «Die Gewerkschaft hat in den letzten Jahren vor allem viel in der Baubranche geleistet. Es ist an der Zeit, dass der Detailhandel wieder mehr Aufmerksamkeit erhält», sagt sie. «Mein grosses Anliegen ist es, dass die Coop-Gruppe im Aargau wieder auflebt.»

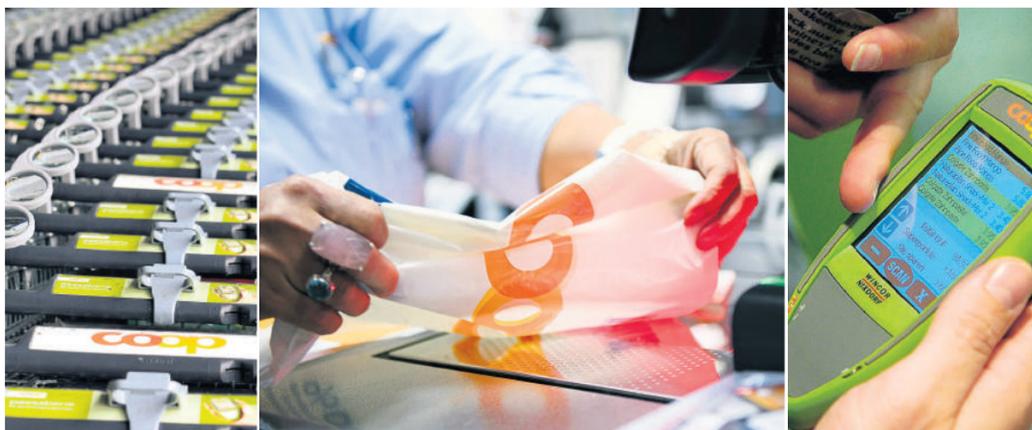
VOLL PRÄSENT. Vor 28 Jahren hat Regina Karich ihre Lehre abgeschlossen. Eine Zeit, in der sich vieles gewandelt hat – unvorstellbar, dass damals jemand einen Laden betreten und wieder verlassen hätte, ohne überhaupt ein Wort mit dem Verkaufspersonal zu wechseln. Heute ist genau dies der Alltag in vielen Supermärkten mit ihren Selfcheck-Kassen. Ist es nicht langweilig, solche Apparate zu betreten? Regina Karich schüttelt vehement den Kopf. «Gar nicht – im Gegenteil. Man muss voll präsent sein.» Dann etwa,

wenn drei Kassen gleichzeitig blinken. Da gilt es, ruhig Blut zu bewahren und den Leuten klarzumachen, dass «ich auch nur zwei Hände habe».

Karich arbeitet in zwei Filialen, in einer grösseren in Affoltern am Albis ZH und in Mellingen AG. «Die Zürcher Kunden sind stressiger, aggressiver und anspruchsvoller. Im Mellingen geht alles noch ruhiger und familiärer zu und her», sagt sie. Zudem sei das Publikum in Affoltern internationaler, viele Russen und Amerikaner. Aber unabhängig davon, wo Karich gerade arbeitet, hat sie den gleichen Grundsatz im Kopf: «Wir Verkäuferinnen sind das Aushängeschild von Coop. Und das bedeutet, dass wir freundlich bleiben müssen, auch wenn die Kunden unfreundlich sind.»

Freundlich ja – aber trotzdem bestimmt. So wie an der letzten Fussball-Europameisterschaft: Da durften die Verkäuferinnen im Landestrikot ihrer Lieblingsmannschaft erscheinen. Karich trug ein Schweizer Shirt. Ein Kunde deutete auf ihr Namensschild und sagte: «Du trägst das falsche Shirt. Du bist doch eine «i».» Sie forderte ihn auf, ihren Namen zu buchstabieren, er ignorierte das Schluss-h konsequent. Sie liess sich nicht beirren und beendete die Konversation mit dem Satz. «Ich bin Schweizerin und stolz auf mein Land.»

Früher, meint ihr Mann, sei sie mehr auf Konfrontation gegangen. Doch seit sie vor ein paar Jahren nach einem Bandscheibenvorfall am Halswirbel operiert wurde, ist sie ruhiger geworden. Doch auch heute kommt es vor, dass sie nach der Arbeit erst mal Dampf ablassen muss. Dann zieht sie die Boxhandschuhe an und drischt auf den Boxsack ihres Sohnes ein – allerdings mit Rücksicht auf die Wirbelsäule nicht zu fest. Oder sie geht mit ihren Hunden spazieren und schreit im Wald ihre Wut raus. Einmal habe sie ein Spaziergänger gefragt, ob alles in Ordnung sei. «Ja, mir geht's gut», habe sie geantwortet.



GAR NICHT LANGWEILIG: Dass sie im Detailhandel arbeiten würde, war für Coop-Kassierin Regina Karich schon immer klar, schliesslich wuchs sie im Kleiderladen ihrer Grosseltern auf. FOTOS: FRESHFOCUS, EXPRESS, KEYSTONE

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Lotta Suter, Astrid Tomczak, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89 669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.